Nomos **KOMMENTAR**

Hofmann | Raue [Hrsg.]

Digital Services Act

Gesetz über digitale Dienste

2. Auflage

Helbing Lichtenhahn facultas

Nomos

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Nomos**KOMMENTAR**

Prof. Dr. Franz Hofmann
Prof. Dr. Benjamin Raue [Hrsg.]

Digital Services Act

Gesetz über digitale Dienste

2. Auflage

AkadR a.Z. **Dr. Max Dregelies**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn | **Prof. Dr. Karina Grisse**, LL.M. (Edinburgh), Technische Universität Darmstadt | **Prof. Dr. Franz Hofmann**, LL.M. (Cambridge), Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg | **JProf. Dr. Katharina Kaesling**, LL.M. (College of Europe), Technische Universität Dresden | **Prof. Dr. Christoph Krönke Lieb**, Universität Bayreuth | **Prof. Dr. Sarah Legner**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel | **Prof. Dr. Nikolaus Marsch**, D.I.A.P. (ENA), Universität des Saarlandes | **Prof. Dr. Timo Rademacher**, M.Jur. (Oxford), Leibniz Universität Hannover | **Prof. Dr. Benjamin Raue**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Helbing Lichtenhahn facultas

Nomos

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Zitiervorschlag: NK-DSA/Bearbeiter Art. ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-7560-3320-1 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden)
ISBN 978-3-7190-5144-0 (Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel)
ISBN 978-3-7089-2722-0 (facultas Verlag, Wien)

2. Auflage 2027
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2027. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Vorwort

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage hat der Digital Services Act seinen Status als zentrales Regelwerk des europäischen Intermediärrechts eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Anwendungspraxis hat in kurzer Zeit eine beachtliche Dynamik entfaltet: Die Europäische Kommission hat eine Reihe von Leitlinien und delegierten Rechtsakten erlassen und in ihrer Funktion als Aufsicht über die sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen in einigen Verfahren erste Impulse gegeben und bereits Bußgeldentscheidungen erlassen. Die nationalen Koordinatoren für digitale Dienste haben ihre Arbeit aufgenommen. EuGH und nationale Gerichte haben sich mittlerweile mit zentralen Fragen des DSA befasst. Erste Fragen wurden geklärt, aber auch neuer Auslegungsbedarf zutage gefördert. Erfreulicherweise hat sich ein dichter wissenschaftlicher Diskurs entwickelt – auf deutscher wie auf europäischer Ebene.

All dies hat uns bewogen, unser Werk zu überarbeiten. Sämtliche Kommentierungen wurden auf den aktuellen Stand von Gesetzgebung, Behördenpraxis und Rechtsprechung gebracht. Dort, wo Entscheidungen der Kommission, der nationalen Aufsichtsbehörden und der Gerichte erste Konturen der Auslegung freigelegt haben, haben wir diese aufgegriffen und kritisch eingeordnet, Literatur breitflächig ausgewertet und dabei neben deutschen auch europäische und internationale Beiträge berücksichtigt.

An unserem methodischen Grundansatz, den DSA autonom-unionsrechtlich auszulegen, haben wir festgehalten: Eine am nationalen Recht orientierte Auslegung zentraler Begriffe – namentlich im Bereich der Haftungsfreistellung und der Sorgfaltspflichten – verleitet nach wie vor zu erheblichen Fehlschlüssen. Das Arbeiten mit der englischen und der französischen Sprachfassung erweist sich weiter als unentbehrlich. Wir drucken beide Sprachfassungen daher auch in der zweiten Auflage ab, führen die maßgeblichen Tatbestandsmerkmale in allen drei Sprachen auf und weisen auf Übersetzungsabweichungen und -fehler der deutschen Fassung hin.

Plattformen, Intermediäre und alle, die mit den Compliance-Anforderungen des DSA praktisch befasst sind, stehen vor der Herausforderung, umfangreiche neue Pflichten rechtssicher umzusetzen. Der Kommentar möchte hierfür als wissenschaftlich fundiertes Werkzeug für die juristische Argumentation konkrete Orientierung bieten. Der DSA ist kein statisches Instrument; das Werk versteht sich als Begleiter in einem Rechtsgebiet, das sich weiter im Fluss befindet.

Unser Dank gilt erneut dem Nomos-Verlag und Dr. Marco Ganzhorn sowie seinem Team für die gewohnt professionelle Betreuung. Unseren Mitautorinnen und Mitautoren danken wir herzlich für die erneut engagierte und sorgfältige Überarbeitung ihrer Beiträge. Dank gebührt schließlich abermals unseren Lehrstuhlteams, deren tatkräftige Unterstützung einmal mehr unverzichtbar war.

Erlangen und Bonn, Juli 2026 *Franz Hofmann und Benjamin Raue*

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5
Autorinnen und Autoren 13
Allgemeines Literaturverzeichnis 15
Verordnungen und Richtlinien 19
Abkürzungsverzeichnis 25

Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)

Einleitung 31

Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand 48
Art. 2 Geltungsbereich 60
Art. 3 Begriffsbestimmungen 77

Kapitel II
Haftung der Anbieter von Vermittlungsdiensten

Vorbemerkungen zu Art. 4 ff. 115
Art. 4 „Reine Durchleitung“ 143
Art. 5 „Caching“ 152
Art. 6 Hosting 159
Art. 7 Freiwillige Untersuchungen auf Eigeninitiative und Einhaltung der Rechtsvorschriften 180
Art. 8 Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung oder aktiven Nachforschung 188
Art. 9 Anordnungen zum Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte 196
Art. 10 Auskunftsanordnungen 211

Kapitel III
Sorgfaltspflichten für ein transparentes und sicheres Online-Umfeld

Vorbemerkungen zu Art. 11 ff. 219

Abschnitt 1
Bestimmungen für alle Anbieter von Vermittlungsdiensten

Art. 11 Kontaktstellen für die Behörden der Mitgliedstaaten, die Kommission und den Vorstand 234
Art. 12 Kontaktstellen für Nutzer der Dienste 241
Art. 13 Gesetzlicher Vertreter 249
Art. 14 Allgemeine Geschäftsbedingungen 257
Art. 15 Transparenzberichtspflichten der Anbieter von Vermittlungsdiensten 302

Abschnitt 2
Zusätzliche Bestimmungen für Hostingdiensteanbieter, einschließlich Online-Plattformen

Art. 16 Melde- und Abhilfeverfahren 314
Art. 17 Begründung 354
Art. 18 Meldung des Verdachts auf Straftaten 372

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Abschnitt 3
Zusätzliche Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen

Art. 19 Ausnahme für Kleinst- und Kleinunternehmen 385
Art. 20 Internes Beschwerdemanagementsystem 389
Art. 21 Außergerichtliche Streitbeilegung 415
Art. 22 Vertrauenswürdige Hinweisgeber 448
Art. 23 Maßnahmen und Schutz vor missbräuchlicher Verwendung 474
Art. 24 Transparenzberichtspflichten der Betreiber von Online-Plattformen 496
Art. 25 Gestaltung und Organisation der Online-Schnittstelle 504
Art. 26 Werbung auf Online-Plattformen 532
Art. 27 Transparenz der Empfehlungssysteme 558
Art. 28 Online-Schutz Minderjähriger 576

Abschnitt 4
Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen, die Verbrauchern den Abschluss von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen

Vorbemerkungen zu Art. 29 ff. 589
Art. 29 Ausnahme für Kleinst- und Kleinunternehmen 594
Art. 30 Nachverfolgbarkeit von Unternehmern 598
Art. 31 Konformität durch Technikgestaltung 612
Art. 32 Recht auf Information 622

Abschnitt 5
Zusätzliche Verpflichtungen in Bezug auf den Umgang mit systemischen Risiken für Anbieter von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen

Vorbemerkungen zu Art. 33 ff. 631
Art. 33 Sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen 638
Art. 34 Risikobewertung 651
Art. 35 Risikominderung 687
Art. 36 Krisenreaktionsmechanismus 706
Art. 37 Unabhängige Prüfung 716
Art. 38 Empfehlungssysteme 734
Art. 39 Zusätzliche Transparenz der Online-Werbung 738
Art. 40 Datenzugang und Kontrolle 753
Art. 41 Compliance-Abteilung 777
Art. 42 Transparenzberichtspflichten 793
Art. 43 Aufsichtsgebühren 804

Abschnitt 6
Sonstige Bestimmungen über Sorgfaltspflichten

Vorbemerkungen zu Art. 44 ff. 814
Art. 44 Normen 819
Art. 45 Verhaltenskodizes 827
Art. 46 Verhaltenskodizes für Online-Werbung 837
Art. 47 Verhaltenskodizes in Bezug auf die Barrierefreiheit 841
Art. 48 Krisenprotokolle 845

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Kapitel IV
Umsetzung, Zusammenarbeit, Sanktionen und Durchsetzung

Abschnitt 1
Zuständige Behörden und nationale Koordinatoren für digitale Dienste

Vorbemerkungen zu Art. 49 ff. 853
Art. 49 Zuständige Behörden und Koordinatoren für digitale Dienste 864
Art. 50 Anforderungen an Koordinatoren für digitale Dienste 884
Art. 51 Befugnisse der Koordinatoren für digitale Dienste 896
Art. 52 Sanktionen 921
Art. 53 Beschwerderecht 926
Art. 54 Entschädigung 939
Art. 55 Tätigkeitsberichte 956

Abschnitt 2
Zuständigkeit, koordinierte Untersuchungen und Kohärenzmechanismen

Vorbemerkungen zu Art. 56 ff., 61 ff. 961
Art. 56 Zuständigkeit 972
Art. 57 Gegenseitige Amtshilfe 985
Art. 58 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Koordinatoren für digitale Dienste 992
Art. 59 Befassung der Kommission 1003
Art. 60 Gemeinsame Untersuchungen 1012

Abschnitt 3
Europäisches Gremium für digitale Dienste

Art. 61 Europäisches Gremium für digitale Dienste 1021
Art. 62 Struktur des Gremiums 1025
Art. 63 Aufgaben des Gremiums 1033

Abschnitt 4
Beaufsichtigung, Untersuchung, Durchsetzung und Überwachung in Bezug auf Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen

Vorbemerkungen zu Art 64 ff. 1044
Art. 64 Entwicklung von Sachkenntnis und Kapazitäten 1048
Art. 65 Durchsetzung von Pflichten der Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen 1051
Art. 66 Einleitung von Verfahren durch die Kommission und Zusammenarbeit bei Untersuchungen 1054
Art. 67 Auskunftsverlangen 1060
Art. 68 Befugnis zur Befragung und Aufnahme von Aussagen 1070
Art. 69 Befugnis zur Durchführung von Nachprüfungen 1073
Art. 70 Einstweilige Maßnahmen 1087
Art. 71 Verpflichtungszusagen 1090
Art. 72 Überwachungsmaßnahmen 1094
Art. 73 Nichteinhaltung 1098
Art. 74 Geldbußen 1102
Art. 75 Erweiterte Beaufsichtigung von Maßnahmen zur Behebung von Zuwiderhandlungen gegen in Kapitel III Abschnitt 5 festgelegte Pflichten 1113
Art. 76 Zwangsgelder 1121
Art. 77 Verjährungsfrist für die Verhängung von Sanktionen 1125
Art. 78 Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Sanktionen 1128

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Art. 79 Anspruch auf rechtliches Gehör und Recht auf Akteneinsicht 1131
Art. 80 Veröffentlichung von Beschlüssen 1137
Art. 81 Ermessensnachprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union 1139
Art. 82 Beschränkung der Anträge auf Akteneinsicht und Zusammenarbeit mit nationalen Gerichten 1141
Art. 83 Durchführungsrechtsakte im Zusammenhang mit dem Eingreifen der Kommission 1146

Abschnitt 5
Gemeinsame Durchsetzungsbestimmungen

Art. 84 Berufsgeheimnis 1147
Art. 85 Informationsaustauschsystem 1153
Art. 86 Vertretung 1158

Abschnitt 6
Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte

Art. 87 Ausübung der Befugnisübertragung 1165
Art. 88 Ausschussverfahren 1167

Kapitel V
Schlussbestimmungen

Art. 89 Änderung der Richtlinie 2000/31/EG 1168
Art. 90 Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828 1169
Art. 91 Überprüfung 1170
Art. 92 Bevorstehende Anwendung für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen 1174
Art. 93 Inkrafttreten und Anwendung 1175

Erwägungsgründe 1177

Anhang 1:
Deutsches Durchführungsgesetz

Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) 1223

Anhang 2:
DSA-Ergänzungsrechtsakte der EU

Delegierte Verordnung (EU) 2023/1127 der Kommission vom 2. März 2023 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates durch detaillierte Methoden und Verfahren für die durch die Kommission von Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen zu erhebenden Aufsichtsgebühren 1249

Delegierte Verordnung (EU) 2024/436 der Kommission vom 20. Oktober 2023 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von Vorschriften für die Durchführung von Prüfungen sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen 1259

Durchführungsverordnung (EU) 2024/607 der Kommission vom 15. Februar 2024 über die praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise des Informationsaustauschsystems gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates (Gesetz über digitale Dienste) 1279

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Durchführungsverordnung (EU) 2024/2835 der Kommission vom 4. November 2024 zur Festlegung von Vorlagen für die Transparenzberichtspflichten der Anbieter von Vermittlungsdiensten und der Anbieter von Online-Plattformen gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates 1295

Delegierte Verordnung (EU) 2025/2050 der Kommission vom 1. Juli 2025 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der technischen Bedingungen und Verfahren, unter denen die Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen zugelassenen Forschenden Daten zur Verfügung stellen müssen 1345

Stichwortverzeichnis 1361

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Autorinnen und Autoren

AkadR a.Z. Dr. Max Dregelies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht, Recht des Geistigen Eigentums und Digitalrecht

Art. 21, Vor Art. 29 ff., Art. 29–32, 86

Prof. Dr. Karina Grisse, LL.M. (Edinburgh)
Technische Universität Darmstadt, Fachgebiet Bürgerliches Recht, Immaterialgüterrecht und Recht der Digitalisierung

Art. 26–28, 38, 39

Prof. Dr. Franz Hofmann, LL.M. (Cambridge)
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Recht des Geistigen Eigentums und Technikrecht

Art. 1–3, Vor Art. 4 ff., Art. 4–10, 89–93
Einl. (mit *Raue*)

JProf. Dr. Katharina Kaesling, LL.M. (College of Europe)
Technische Universität Dresden, Juniorprofessorin für Bürgerliches Recht, Geistiges Eigentum, insbesondere Patentrecht, sowie Rechtsfragen der Künstlichen Intelligenz

Vor Art. 33 ff., Art. 33–35, 37, 40–43

Prof. Dr. Christoph Krönke Lieb
Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Nachhaltigkeits- und Technologierecht

Vor Art. 64 ff., Art. 64–83, 87, 88

Prof. Dr. Sarah Legner
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Professur für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht

Vor Art. 44 ff., Art. 44–47

Prof. Dr. Nikolaus Marsch, D.I.A.P. (ENA)
Universität des Saarlandes, Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung

Art. 36, 48, 61–63, 84, 85
Vor Art. 56 ff., 61 ff.; Art. 58–60, (mit *Rademacher*)

Prof. Dr. Timo Rademacher, M.Jur. (Oxford)
Leibniz Universität Hannover, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und das Recht der neuen Technologien

Vor Art. 49 ff., Art. 49–53, 55–57
Vor Art. 56 ff., 61 ff.; Art. 58–60 (mit *Marsch*)

Prof. Dr. Benjamin Raue
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht, Recht des Geistigen Eigentums und Digitalrecht

Vor Art. 11 ff., Art. 11–20, 22–25, 54
Einl. (mit *Hofmann*)

In der 1. Auflage:

Daniela Petermair, LL.M. (WU), B.Sc. (WU)
Wirtschaftsuniversität Wien

Art. 73, 75–79, 81
(mit *Krönke*)

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)

REGULATION (EU) 2022/2065 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 19 October 2022 on a Single Market For Digital Services and amending Directive 2000/31/EC (Digital Services Act)

RÈGLEMENT (UE) 2022/2065 DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL du 19 octobre 2022 relatif à un marché unique des services numériques et modifiant la directive 2000/31/CE (règlement sur les services numériques)

Einleitung

Literatur: Beck, Der Entwurf des Digital Services Act – Hintergrund, Ziele und Grundsätze künftiger Regulierung des virtuellen Raumes in der EU, DVBl 2021, 1000; Busch/Mak, Putting the Digital Services Act in Context, EuCML 2021, 109; Dregelies, Digital Services Act. Überblick über den neuen Rechtsrahmen für das Internet, MMR 2022, 1033; Duivenvoorde, The Liability of Online Marketplaces under the Unfair Commercial Practices Directive, the E-commerce Directive and the Digital Services Act, EuCML 2022, 43; Gerdemann/Spindler, Das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) (Teil 1). Grundlegende Strukturen und Regelungen für Vermittlungsdienste und Host-Provider, GRUR 2023, 3; Gerpott, Das Gesetz über digitale Dienste nach den Trilog-Verhandlungen, CR 2022, 516; Gerpott, Neue europäische Regeln für digitale Plattformen. Vergleichender Überblick zu den Vorschlägen der EU-Kommission für Gesetze über digitale Märkte und über digitale Dienste, CR 2021, 255; Gielen/Uphues, Digital Markets Act und Digital Services Act. Regulierung von Markt- und Meinungsmacht durch die Europäische Union, EuZW 2021, 627; Grünwald/Nüßing, Vom NetzDG zum DSA: Wachablösung beim Kampf gegen Hate Speech?, MMR 2021, 283; Härting/Adamek, Digital Services Act. (Compliance-)Verpflichtungen für Online-Provider, IPRB 2021, 100; Härting/Adamek, Digital Services Act. Neue Kompetenzen der EU-Kommission und hoher Umsetzungsaufwand für Unternehmen, CR 2021, 165; Heilmann, Regulierung von Suchmaschinen. Macht im Netz III: Plädoyer für ein Aufsichtsinstrumentarium zur medienrechtlichen Vielfaltsicherung, MMR 2020, 162; Husovec, Principles of the Digital Services Act, 2024; Janal, Haftung und Verantwortung im Entwurf des Digital Services Acts, ZEuP 2021, 227; Janal, Der Entwurf eines Digital Services Acts: Neue Perspektiven der Verantwortung von Diensteanbietern der Informationsgesellschaft, K&R 2021, Beilage Heft 6, 6; Kaesling, Evolution statt Revolution der Plattformregulierung, ZUM 2021, 177; Kalbhenn/Hemmert-Halswick, EU-weite Vorgaben für die Content-Moderation in sozialen Netzwerken, ZUM 2021, 184; Kettemann/Schulz/Fertmann, Anspruch und Wirklichkeit der Plattformregulierung. Kommissionsentwürfe der Rechtsakte zu digitalen Diensten und Märkten, ZRP 2021, 138; Kühling, Gemeinwohlorientierte Regulierung der Medienintermediäre, MMR 2022, 1016; Kuhlmann/Trute, Die Regulierung von Desinformation und rechtswidrigen Inhalten nach dem neuen Digital Services Act, GSZ 2022, 115; Kumkar, Plattform-Recht revisited: Umgang mit den Marktordnungen digitaler Plattformen de lege lata et ferenda, ZEuP 2022, 530; Kumkar, Private Ordnung virtueller Räume, 2026; Kuß/Lehmann, Digital Services Act – Entwurf eines einheitlichen Rechtsrahmens für die EU-Digitalwirtschaft, DB 2021, 605; Mendelsohn, Die „normative Macht" der Plattformen – Gegenstand der zukünftigen Digitalregulierung?, MMR 2021, 857; Müller, Künftige Plattformregulierung und effektive Durchsetzung in Deutschland. Notwendigkeit und Umsetzung des Digital Services Act, MMR 2022, 1007; Paal/Kieß, Digitale Plattformen im DSA-E, DMA-E und § 19a GWB, ZfDR 2022, 1; Paal/Kumkar, Die digitale Zukunft Europas. Europäische Strategien für den digitalen Binnenmarkt, ZfDR 2021, 97; Peukert/Husovec/Kretschmer/Mezei/Quintais, European Copyright Society – Comment on Copyright and the Digital Services Act Proposal, IIC 2022, 358; Raue/Heesen, Der Digital Services Act, NJW 2022, 3537; Rössel, Digital Services Act. Vorschlag zur Harmonisierung der Verantwortlichkeit von Onlineplattformen, ITRB 2021, 35; Rössel, Digital Services Act. Innovation und Verbesserungsbedarf des ersten Verordnungsentwurfs, AfP 2021, 93; Schmid/Grewe, Digital Services Act: Neues „Grundgesetz für Onlinedienste"? Auswirkungen des Kommissionsentwurfs für die Digitalwirtschaft, MMR 2021, 279; Siegrist, Systemische Risiken im Digital Services Act, 2025; Spindler, Der Vorschlag für ein neues Haftungsregime für Internetprovider – der EU Digital Services Act (Teil 1), GRUR 2021, 545, (Teil 2), GRUR 2021, 653; Spindler/Seidel, Die Regulierung von Online-Plattformen, NJW 2022, 2730.

A. Regelungsgegenstand und Regelungszweck 1
I. Weiterentwicklung der E-Commerce-RL 1
1. Regulierungsaufgabe 1
2. E-Commerce-RL als veraltete Regelung 2
3. Ambitionen eines Gesetzes über digitale Dienste 3
II. Regulierungsziele im Einzelnen 6
1. Verwirklichung des Binnenmarktes 6
2. Regulierung von Plattformen 7
3. Verbraucher- und Nutzerschutz 8
4. Rechtssicherheit 9
III. Regelungsgegenstand Intermediärshaftung im engeren und weiteren Sinne 10
1. Allgemeines 10
2. Haftung für rechtswidrige Drittinhalte 12
3. Verantwortung für die Ausgestaltung des eigenen Dienstes 13
IV. Digital Services Act als Allgemeiner Teil des Internetrechts 14
V. Regelungsgegenstände im Einzelnen 16
1. Rechtsdurchsetzung im Internet 16
2. Regulierung systemischer Risiken 18
3. Transparenz- und Rechenschaftspflichten 21
4. Verhaltensverbote und Verhaltensgebote 26
5. Aufsichtsmechanismen 29
B. Entstehungsgeschichte 30
I. Vorarbeiten 30
II. Gesetzgebungsverfahren 32
III. Inkrafttreten und Anwendung 36
C. Systematik des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) 37

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

I. Aufbau 37
II. Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen 38
III. Kapitel II: Haftungsprivilegierung 39
IV. Kapitel III: Sorgfaltspflichten 40
V. Kapitel IV: Aufsicht und Durchsetzung 47
VI. Kapitel V: Schlussbestimmungen 53
D. Rechtsnatur und Regulierungsinstrumente 54
I. Allgemeines 54
II. Querschnittsmaterie 55
III. Öffentliches Recht 57
IV. Privatrecht 59
V. Strafrecht 60
VI. Regulierungsinstrumente 61
1. Haftungsrecht 62
2. Algorithmische Rechtsdurchsetzung 63
3. Informationsmodell 64
4. Grundrechtsbindung 65
5. Selbstregulierung 66
6. Regulierungsrecht 67
7. Law by Design 68
E. Digital Services Act in der Rechtsordnung 69
I. Verhältnis zu anderen Rechtsakten des Unionsrechts 69
II. Verhältnis zum nationalen Recht 71
1. Allgemeines 71
2. Kollidierende nationale Bestimmungen 75
III. Internationale Aspekte 82

A. Regelungsgegenstand und Regelungszweck

I. Weiterentwicklung der E-Commerce-RL

1. Regulierungsaufgabe

1 Die **Regulierung internetbasierter Geschäftsmodelle** ist eine der großen Aufgaben der Zeit. Der Gesetzgeber hat dabei in zwei Richtungen zu denken: Rechtsregeln müssen einerseits so designt sein, dass sie im Interesse der Nutzerinnen und Nutzer (digitale) **Innovationen anregen**, den (innereuropäischen) Handel erleichtern und nicht zuletzt kleineren Unternehmen die Partizipation an der Plattformökonomie ermöglichen. Andererseits bedarf es Regelungen, um die „dunklen Seiten" der Internetwirtschaft einzuhegen. Es drohen die Ausnutzung von Verhaltensanomalien,[1] die Ausschaltung des Wettbewerbs[2] und eine strukturelle **Missachtung überkommener Rechtsregeln**.[3]

2. E-Commerce-RL als veraltete Regelung

2 Die Regelungen der **E-Commerce-RL**, die ua in erstem Sinne (→ Rn. 1) die Entwicklung des elektronischen Geschäftsverkehrs in der Informationsgesellschaft fördern sollten,[4] stammen aus einer Zeit, als die digitale Wirtschaft, namentlich die Plattformökonomie, noch in den Kinderschuhen steckte. Wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze heute den Alltag der Bürgerinnen und Bürger, das Wirtschaftsleben, aber auch die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt prägen, hat der Gesetzgeber damals nicht abgesehen. Konkret die Bedeutung **algorithmischer Entscheidungsfindung** lag seinerzeit außerhalb seines Sichtfelds. Gleiches gilt für die Rolle der Intermediäre beim Umgang mit **rechtswidrigen Inhalten** im Internet, **Online-Desinformation** und anderen gesellschaftlichen Risiken, vermittelt durch die Digitalwirtschaft einschließlich der Plattformökonomie (zB personalisierte Empfehlungssysteme; „Filterblasen" etc.).[5] Entsprechend laut wurden die Rufe, allen voran die **Haftungsregelungen** aus der E-Commerce-RL (Art. 12 ff. E-Commerce-RL) zu reformieren. Aber auch der **Rechtsrahmen für Dienste der Informationsgesellschaft** im Allgemeinen war zu konkretisieren.

3. Ambitionen eines Gesetzes über digitale Dienste

3 Vor diesem Hintergrund sollte der gesetzliche Rahmen für digitale Dienste (**Digital Services Act**) neu geregelt werden,[6] der als Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.10.2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) seine finale Gestalt annahm.[7] Der DSA knüpft dabei an die Regelungen und Ziele der E-Commerce-RL an.[8] Insbesondere die **Haftungsprivilegierungen** für Vermittlungsdienste bleiben im Grundsatz bestehen,

1 Vgl. Wagner/Eidenmüller ZfPW 2019, 220; → Art. 25 Rn. 2.
2 Podszun, Gutachten F zum 73. Deutschen Juristentag, Empfiehlt sich eine stärkere Regulierung von Online-Plattformen und anderen Digitalunternehmen?, 2020.
3 Vgl. zB Spindler, Gutachten F zum 69. Deutschen Juristentag, Persönlichkeitsschutz im Internet – Anforderungen und Grenzen einer Regulierung, 2012.
4 ErwG 2 und ErwG 3 E-Commerce-RL; Janal ZEuP 2021, 227 (229); Dregelies MMR 2022, 1033 f.; ausweislich ErwG 16 DSA haben die bedingten Haftungsausschlüsse der E-Commerce-RL dazu geführt, „dass im ganzen Binnenmarkt viele neuartige Dienste entstehen und expandieren konnten".
5 Vgl. ErwG 1 und 2; zu den Bsp. näher → Art. 26 Rn. 5 und → Art. 27 Rn. 1 ff.; s. auch → Art. 28 Rn. 3.
6 COM(2020) 825 final.
7 Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 S. 1, ber. 2022 ABl. L 310 S. 17).
8 COM(2020) 825 final, 2 und 8 f.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

da sich diese trotz der genannten Kritik aus Sicht des Gesetzgebers bewährt haben.[9] Auch künftig sind Intermediäre für die Vermittlung rechtswidriger Drittinhalte nicht ohne Weiteres verantwortlich (→ Vor Art. 4 ff. Rn. 1 ff., 68 ff.). Der DSA schafft wie bisher einen **Rahmen für die bedingte Haftungsbefreiung** der Anbieter von Vermittlungsdiensten (Art. 1 Abs. 2 lit. a, → Art. 1 Rn. 17 ff.), präzisiert diesen aber, indem vor allem die Rechtsprechung des EuGH kodifiziert bzw. in den ErwG zur Erläuterung aufgegriffen wird. Der DSA ist Teil der europäischen Digitalstrategie.[10]

4 Neben Konkretisierungen des bestehenden Rechtsrahmens für rechtswidrige Drittinhalte formuliert der DSA aber auch neue Pflichten für Intermediäre, die er als „Vermittlungsdienste" bezeichnet. Der DSA formuliert **besondere Sorgfaltspflichten**, die auf bestimmte Kategorien von Anbietern von Vermittlungsdiensten zugeschnitten sind (Art. 1 Abs. 2 lit. b, → Art. 1 Rn. 20 ff.). Dabei differenziert die Verordnung nach Art des Vermittlungsdienstes (Access-, Caching-, Hostingdiensteanbieter und Online-Plattform), nach Größe (zB in den Art. 33 ff. für sehr große Online-Suchmaschinen und sehr große Online-Plattformen) und nach Funktion des Diensteanbieters (zB Art. 29 ff. für Transaktionsplattformen, → Art. 29 ff. Rn. 1 ff.). Wie bei einem „**Pyramiden-Modell**" gelten einige Regelungen für alle Vermittlungsdienste (Kapitel III, Abschnitt 1), einige weitergehend für Hostingdiensteanbieter (Kapitel III, Abschnitt 2) oder für Online-Plattformen, eine Unterkategorie von Hostingdiensteanbietern, (Kapitel III, Abschnitt 3) und schließlich einige Vorschriften allein für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen (Kapitel IV).[11] Letzteren wird ein **Risikomanagementsystem** abverlangt (risikobasierter Regulierungsansatz → Vor Art. 33 ff. Rn. 7). Gerade von Online-Plattformen, vor allem aber von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen gehen besondere Gefahren aus (→ Vor Art. 33 ff. Rn. 1 ff.). Unterschieden wird dabei aber nicht nur zwischen den unterschiedlichen Arten von Intermediären und ihrer Größe, sondern eben auch nach ihrer **Funktion** (s. a. → Vor Art. 4 ff. Rn. 10; → Art. 3 Rn. 45 ff.). In Kapitel III Abschnitt 4 finden sich Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen, die Verbrauchern den Abschluss von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen.

5 Der DSA will auch die **Durchsetzung der Intermediärsregulierung** verbessern, indem er ein **behördliches Durchsetzungssystem** (auf europäischer Ebene) schafft (Art. 1 Abs. 2 lit. c, → Art. 1 Rn. 32 ff.). Der DSA enthält daher eine Vielzahl neuer Regelungen für die Durchsetzung der Intermediärsregulierung durch nationale Behörden und durch die Kommission. Daneben, allerdings weniger stark, wird auch die privatrechtliche Rechtsdurchsetzung (**private enforcement**) adressiert. Nach Art. 54 DSA lösen Verstöße gegen nutzerbezogene Sorgfaltspflichten des DSA privatrechtliche Schadensersatzansprüche aus (→ Art. 54 Rn. 4). Es ist dabei nur konsequent, auch **privatrechtliche Unterlassungsansprüche** zu gewähren (→ Art. 1 Rn. 26, → Art. 54 Rn. 4).[12]

II. Regulierungsziele im Einzelnen

1. Verwirklichung des Binnenmarktes

6 Der DSA verfolgt mehrere Ziele (näher → Art. 1 Rn. 11 ff.). Erstens dient der Rechtsakt der **Verwirklichung des Binnenmarktes**.[13] Da die einschlägigen Diensteanbieter (Transaktionsplattformen wie eBay oder Amazon Marketplace, Interaktionsplattformen wie YouTube oder Informationsplattformen wie Google) grenzüberschreitend tätig sind,[14] droht eine Fragmentierung des Binnenmarktes, wenn Mitgliedstaaten (wie zunehmend beobachtet)[15] eigene Regelungen zur Regulierung von Intermediären erlassen (zB das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz[16]). Daher sollen ausweislich ErwG 2 die Bedingungen für das Anbieten von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt harmonisiert werden. Damit verfolgt der DSA das Ziel, Unternehmen **Zugang zu neuen Märkten** und **Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarktes** zu verschaffen. Vollmundig werden beste Bedingungen für die Bereitstellung innovativer digitaler Dienste im Binnenmarkt versprochen.[17] Der Unionsgesetzgeber erhofft sich davon zugleich Vorteile für **Verbraucherinnen und Verbraucher** in Form einer **größeren Auswahl**.[18]

9 ErwG 16; vgl. auch Gielen/Uphues EuZW 2021, 627 (632).
10 Kraul Der neue DSA/Kraul § 1 Rn. 5.
11 Spindler GRUR 2021, 545; Gielen/Uphues EuZW 2021, 627 (634), „Die Sorgfaltspflichten sind in der Art einer Matrjoschka gegliedert"; Schmid/Grewe MMR 2021, 279, „gestufte Regulierung von Vermittlungsdiensten"; Legner ZUM 2024, 99 (103).
12 Zurückhaltend für das Datenschutzrecht EuGH 4.9.2025 – C-655/23, ECLI:EU:C:2025:655 = NJW 2025, 3137 Rn. 46 – Quirin Privatbank; vgl. weitergehend F. Hofmann EuDIR 2026, 73.
13 COM(2020) 825 final, 6 und 12; ErwG 4 DSA und ErwG 34 DSA; Kraul Der neue DSA/Kraul § 1 Rn. 4 ff.
14 Näher zu Transaktionsplattformen → Vor Art. 29 ff. Rn. 1 ff.
15 Vgl. etwa Janal K&R 2021, 6 Fn. 1.
16 BGBl. 2017 I 3352.
17 COM(2020) 825 final, 2; ErwG 4.
18 ErwG 2.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

2. Regulierung von Plattformen

7 Zweitens will der Digital Services Act **systemische Risiken** der **Digitalwirtschaft**, ua der **Plattformökonomie**,[19] einhegen. Es wird erkannt, dass namentlich von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Suchmaschinen nicht zuletzt Gefahren für die demokratische Gesellschaft ausgehen. Daher soll ein sicheres, berechenbares, vertrauenswürdiges und transparentes Online-Umfeld aufgebaut werden (vgl. Art. 1 Abs. 1).[20] Nach dem europäischen Gesetzgeber geht unternehmerische Freiheit von Intermediären einher mit verantwortungsvollem und sorgfältigem Verhalten (ErwG 3). Allen voran die Verbreitung **rechtswidriger Inhalte** soll eingedämmt werden. Aber auch die Verbreitung von Desinformation soll eingedämmt werden (ErwG 9).[21] Der DSA versucht des Weiteren, diverse Charakteristika der Digitalindustrie klareren Regeln zu unterwerfen. Während Nutzer zB über ein **Empfehlungssystem** dazu motiviert werden sollen, möglichst lange auf Plattformen zu verharren (→ Art. 26 Rn. 5), ist auch die **Online-Werbung** eine zentrale Säule für die Finanzierung der (vermeintlichen) „Gratis-Kultur" im Internet (näher → Art. 26 Rn. 2). Beides wird vom DSA reguliert (vgl. für Online-Werbung ua Art. 26; für Empfehlungssystem Art. 27). Speziell die „Personalisierung" von Werbung und Empfehlungen wird angegangen (vgl. Art. 26 Abs. 3; Art. 38; s. auch Art. 28 Abs. 2 für Online-Werbung gegenüber Minderjährigen). Der Unionsgesetzgeber will es nicht länger allein privaten Unternehmen überlassen, willkürlich die „Spielregeln" digitaler Räume festzulegen und durchzusetzen.[22] Zu diesem Zweck soll eine „solide und dauerhafte Verwaltungsstruktur" für die effektive **Aufsicht über Intermediäre** aufgebaut werden.[23] Die Zusammenarbeit der EU-Behörden soll verbessert werden.[24]

3. Verbraucher- und Nutzerschutz

8 Der DSA soll für ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld (**Online-Sicherheit**) sorgen und zum **Schutz der Grundrechte** beitragen.[25] Vor allem soll gewährleistet werden, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht durch ungerechtfertigte Sperrmaßnahmen eingeschränkt wird und dass es dadurch nicht zu Diskriminierungen kommt (Art. 14 Abs. 4, 16 Abs. 6, 20 Abs. 4).[26] Weil es insbesondere Verbrauchern oft zu mühsam ist, gegen ungerechtfertigte Beschränkungen staatliche Gerichte anzurufen, eröffnet gerade ihnen der DSA niedrigschwelligen Rechtsschutz, indem er Online-Plattformen verpflichtet, kostenlose, elektronische und benutzerfreundliche Beschwerdesysteme einzurichten (Art. 20) und an außergerichtlicher Streitbeilegung teilzunehmen (Art. 21). Dabei können sie sich durch Organisationen vertreten lassen (Art. 86). Zugleich will der DSA ein angemessenes Maß an **Information und Transparenz** für Verbraucher sicherstellen.[27] Der DSA begrenzt also nicht nur Risiken rund um rechtswidrige Inhalte und Desinformation (auch zugunsten von Verbrauchern), sondern schützt auch Verbraucher vor den Risiken der Plattformökonomie, wie sie namentlich von algorithmengestützten Plattformfunktionen ausgehen (dazu im Einzelnen ein Überblick ua bei → Art. 26 Rn. 1 ff.). Das Ziel eines **hohen Verbraucherschutzniveaus** bekräftigt etwa ErwG 3 (Bsp.: Art. 30, vgl. → Art. 30 Rn. 1). Ein besonderer Schutz soll für besonders schutzwürdige Nutzer, ua für minderjährige Nutzer, bestehen (Art. 28).[28] Verbraucherschutz, zB in Form von Werberegulierung, dient dabei zugleich der Sicherung demokratischer Prozesse (→ Art. 26 Rn. 1).

4. Rechtssicherheit

9 Viertens soll die **Rechtssicherheit** erhöht werden (s. a. ErwG 4). Im Hinblick auf die Haftung von Intermediären soll eine Konkretisierung der Haftungsprivilegierungen vor allem für kleinere, innovative Anbieter Expansions- und Wachstumschancen eröffnen.[29]

19 Zur Regulierung von Online-Plattformen Spindler NJW 2022, 2730.
20 Vgl. auch ErwG 9, 12, 72 und ErwG 34.
21 Kuhlmann/Trute GSZ 2022, 115.
22 COM(2020) 825 final, 12, s. auch → Art. 14 Rn. 4.
23 COM(2020) 825 final, 3.
24 COM(2020) 825 final, 6.
25 COM(2020) 825 final, 3; ErwG 3 und ErwG 9.
26 COM(2020) 825 final, 14.
27 Vgl. COM(2020) 825 final, 8.
28 ErwG 34.
29 COM(2020) 825 final, 3.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

III. Regelungsgegenstand Intermediärshaftung im engeren und weiteren Sinne

1. Allgemeines

Der DSA reguliert digitale Vermittlungsdienste, kurzum: Intermediäre (engl.: *intermediary services*; franz.: *service intermédiaire*).[30] Der Begriff wird in Art. 3 lit. g definiert (→ Art. 3 Rn. 40 ff.), bedauerlicherweise allerdings in einer Engführung auf bestimmte Intermediärsdienstleistungen. Nicht ganz klar ist, ob auch **Online-Suchmaschinen** unter den Begriff des Vermittlungsdienstes fallen (→ Art. 3 Rn. 63 ff., → Vor Art. 11 ff. Rn. 10 ff., → Vor Art. 33 ff. Rn. 20 ff.), obwohl der DSA unstreitig auch diese Diensteanbieter gesondert reguliert (vgl. Art. 33 ff.).[31] 10

Für Intermediäre ist charakteristisch, dass sie Drittinhalte vermitteln. Die einschlägigen Inhalte stellen nicht die Plattformen, sondern ihre Nutzer bereit. Die Regulierung von Intermediären geschieht also vor dem Hintergrund **mehrpoliger Rechtsverhältnisse** (vgl. → Vor Art. 4 ff. Rn. 25; → Art. 3 Rn. 45 ff.). 11

2. Haftung für rechtswidrige Drittinhalte

Die Intermediärsregulierung geht in zwei Richtungen: Zum einen steht die Frage nach der **Haftung für die vermittelten Inhalte** im Raum (**Intermediärshaftung im engeren Sinne**; → Vor Art. 4 ff. Rn. 8 ff.).[32] Die Ausgestaltung der Haftungsverfassung ist komplex: Einerseits machen eigenverantwortlich handelnde Dritte rechtswidrige Inhalte ohne Mitwirkung der Plattform zugänglich, andererseits stellen die Plattformen aber die Infrastruktur bereit, die für die Vermittlung der Drittinhalte konstitutiv ist. 12

3. Verantwortung für die Ausgestaltung des eigenen Dienstes

Zum anderen stellen sich spezifische Fragen der Plattformregulierung im Hinblick auf die **konkrete Ausgestaltung der Plattform** (**Intermediärshaftung im weiteren Sinne**; → Vor Art. 4 ff. Rn. 11). Für ihre eigenen Inhalte ist die Plattform selbstverständlich vollumfänglich verantwortlich, wobei die einschlägigen Rechtsregeln mitunter an die spezifischen Risiken der Plattformökonomie anzupassen oder neu zu formulieren sind. Dies betrifft bspw. den Einsatz von „Dark Patterns" (Art. 25) oder auch die Transparenz von Empfehlungssystemen (Art. 27 und weitergehend Art. 38). 13

IV. Digital Services Act als Allgemeiner Teil des Internetrechts

Im DSA finden sich allgemeine Regelungen für Dienste der Informationsgesellschaft einschließlich Intermediären. Auch wenn es teils zu Überschneidungen mit bereichsspezifischen Regelungen kommt (zB Regulierung von „Dark Patterns" in DSA und UPG-RL), ist der DSA **kein Spezialgesetz**. So werden beispielsweise weder Fragen des Urheber- oder Markenrechts noch Fragen des Rechts zu unfairen Geschäftspraktiken im Allgemeinen noch vertragsrechtliche Aspekte geregelt. Auch dass beispielsweise ein Inhalt rechtswidrig ist, wird vom DSA vorausgesetzt, aber nicht selbst bestimmt.[33] Auch adressiert der DSA nicht einzelne Diensteanbieter, sondern versucht, Regelungen für **sämtliche Vermittlungsdienste** (**Intermediäre**) vorzuhalten. Der DSA schafft einen **horizontalen Rahmen** für alle Kategorien von Inhalten, Produkten, Dienstleistungen und Tätigkeiten im Zusammenhang mit Vermittlungsdiensten.[34] Es handelt sich um eine Querschnittsregulierung.[35] 14

Auch wenn vielfach die Erwartung geäußert wurde, mit dem DSA eine **Art Grundgesetz für das Internet** zu schaffen,[36] lassen sich die Regelungen des DSA zumindest ansatzweise als eine Art **Allgemeiner Teil des Internetrechts** begreifen. Spezialgesetze („sektorspezifische Rechtsvorschriften") bleiben unberührt (zB P2B-VO; Omnibus-RL; AVMD-RL), werden aber im Hinblick auf Lücken ergänzt (vgl. → Art. 1 Rn. 36 ff., 40 ff.; → Art. 2 Rn. 33 ff.).[37] Deutlich wird dies bspw. im Hinblick auf Verfahrensvorgaben für den Umgang mit rechtswidrigen Inhalten unabhängig von den spezialgesetzlichen Regelungen, die die Rechtswidrigkeit definieren.[38] So wurde etwa ein einheitliches Meldeverfahren für rechtswidrige Inhalte geschaffen sowie eine ausdrückliche Verpflichtung, zeitnah und sorgfältig über die Meldung zu entscheiden (Art. 16 Abs. 1, 6). Auch die Haftungsprivilegierungen (Art. 4 ff.) lassen sich als Regelungen verstehen, die „vor die Klammer" gezogen wurden. In jedem Fall lassen sich diese wie bspw. auch die im DSA niedergelegten Transparenzvorgaben 15

30 Übersicht über die Grundsätze des DSA auch bei Kraul Der neue DSA/Kraul § 1 Rn. 27 f.
31 Dafür Dregelies MMR 2022, 1033 f.; Sesing-Wagenpfeil CR 2023, 113 Rn. 32. Zum Problem Raue/Heesen NJW 2022, 3537 (3538).
32 Kurzübersicht zur Intermediärshaftung bei Götting/Hofmann/Zech GewRS § 11 Rn. 59 ff.
33 COM(2020) 825 final, 4.
34 COM(2020) 825 final, 4; krit. im Hinblick auf eine fehlende Differenzierung zwischen unterschiedlichen Arten von Rechtsverletzungen Härting/Adamek CR 2021, 165 (170).
35 Vgl. Rössel ITRB 2021, 35 (36).
36 Siehe https://www.zeit.de/politik/2022-04/digital-service-act-eu-internet-nachrichtenpodcast; vgl. Schmid/Grewe MMR 2001, 279; Kraul Der neue DSA/Kraul § 1 Rn. 3.
37 COM(2020) 825 final, 5 und ErwG 9 idF von COM(2020) 825 final.
38 Vgl. COM(2020) 825 final, 4.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

als **allgemeingültige Basisregelungen** verstehen. Trotzdem wurde eine Chance vertan, die teilweise parallel ausgestalteten Verfahrensregeln in Spezial-Verordnungen zentral im DSA zu bündeln. So ist es etwa nicht einsichtig, warum es Begründungspflichten und ein Beschwerdesystem sowohl im DSA als auch in der P2B-VO und in der terroristische Inhalte-VO zur Bekämpfung und Verbreitung terroristischer Online-Inhalte gibt. Hier wäre Mut zur Vereinheitlichung angesagt gewesen.

V. Regelungsgegenstände im Einzelnen

1. Rechtsdurchsetzung im Internet

16 Der DSA adressiert zentrale **Bausteine der Intermediärshaftung**, kurzum: der Durchsetzung von Recht im Internet. Obwohl der DSA nicht positiv regelt, unter welchen Voraussetzungen ein Intermediär für einen rechtswidrigen Drittinhalt haftet,[39] konkretisieren mehrere Regelungen die Intermediärshaftung (zu einer Einführung in die Intermediärshaftung → Vor Art. 4 ff. Rn. 7 ff. und Rn. 37 ff.). Die Haftungsprivilegierungen für die reine Durchleitung (Art. 4), das Caching (Art. 5) und das Hosting (Art. 6) stellen klar, dass Intermediäre für rechtswidrige Nutzerinhalte nicht ohne Weiteres haftbar gemacht werden können. Auch das Verbot allgemeiner Pflichten zur Überwachung oder aktiven Nachforschung gemäß Art. 8 beschränkt die Haftung von Intermediären, ohne aber wie bisher die Möglichkeit von Anordnungen zur Abstellung von Zuwiderhandlungen abzuschneiden (vgl. nur Art. 6 Abs. 4). Um in den Genuss der Haftungsprivilegierungen zu kommen, müssen Intermediäre auch in Zukunft eine **neutrale Rolle** einnehmen (→ Vor Art. 4 ff. Rn. 68 ff.). Freiwillige Maßnahmen, mit denen die Einhaltung von Rechtsvorschriften überprüft werden, führen aber für sich genommen nicht aus der Haftungsprivilegierung heraus. Art. 7 kodifiziert eine Guter-Samariter-Regelung.

17 Da es aus Sicht des Intermediärs häufig nur schwer zu bewerten ist, ob ein Inhalt rechtmäßig oder rechtswidrig ist (**Prognoserisiko**), muss die Haftungsverfassung Mechanismen zur Richtigkeitsgewähr von Lösch- oder Sperrentscheidungen vorsehen. Auch bedarf es Mechanismen, um unrichtige Entscheidungen zu korrigieren. Lösch- und Sperrentscheidungen berühren nicht nur die **Interessen** von **Rechteinhabern**, sondern auch die Informations- und Meinungsfreiheit der **Nutzer**. Konsequenterweise finden sich im DSA Regelungen für eine **Prozeduralisierung der Haftung**. Entscheidungen von Hostingdiensteanbietern sind idS nicht nur zu begründen (Art. 17), sondern Online-Plattformen müssen etwa auch ein internes Beschwerdemanagementsystem etablieren (Art. 20). Auch im Hinblick auf das **Notice-and-takedown-Verfahren** finden sich im DSA Konkretisierungen (vgl. Art. 16).[40] Der DSA ist dabei besonders dem **Nutzerschutz** verpflichtet (→ Vor Art. 4 ff. Rn. 28 ff. und Rn. 98 ff.).[41]

2. Regulierung systemischer Risiken

18 Allen voran die Dienste sehr großer Online-Plattformen oder sehr großer Online-Suchmaschinen bergen über die Vermittlung rechtswidriger oder schädlicher Inhalte („lawful but awful") hinaus ganz allgemein **erhebliche** (**gesellschaftliche**) **Risiken**.[42] Der DSA versucht diese einzuhegen, indem er von diesen Diensteanbietern ua verlangt, die Risiken zu bewerten (Art. 34), zu mindern (Art. 35) und sich einem externen Audit zu unterziehen (Art. 37).

19 Ein Beispiel ist das Risikomanagement im Hinblick auf **Desinformationskampagnen**, vor allem wenn diese ggf. unter Einsatz technischer Hilfsmittel und dem Einsatz von Fake Accounts von interessierter Seite gesteuert werden.[43] Im Online-Umfeld können Risiken nicht nur von rechtswidrigen Inhalten ausgehen, sondern auch von gezielt massenhaft verbreiteter Falschinformation.[44] Obwohl rechtmäßige Inhalte im Grundsatz verbreitet werden dürfen und die Meinungsfreiheit Zensurversuchen einen Riegel vorzuschieben hat,[45] kann die Verbreitung von „Fake News" über sehr große Online-Plattformen oder sehr große Suchmaschinen erhebliche Risiken mit sich bringen. Der DSA versucht sich hier an einem Spagat: zwischen der Freiheit, nicht rechtswidrige Inhalte verbreiten zu dürfen, und der Notwendigkeit, gleichzeitig das Schadenspotenzial namentlich von Desinformationskampagnen einzudämmen. Anknüpfungspunkt der Regulierung ist dabei nicht die einzelne Falschinformation,[46] sondern das Verbreiten bestimmter Informationen unter bestimmten Voraussetzungen. Adressiert wird nicht die Meinung als solche, sondern ein (ggf. missbräuchlich genutztes) Medium. Der Spagat führt zu einem rechtlichen Spannungsverhältnis: Die staatliche Verpflichtung von priva-

39 Vgl. ErwG 17; Busch/Mak EuCML 2021, 109 (110 f.).
40 Schmid/Grewe MMR 2021, 279 (280); Janal ZEuP 2021, 227 (247).
41 Krit. zu Nutzerrechten aus Art. 17 und Art. 18 Holznagel CR 2022, 594.
42 Vgl. auch ErwG 5.
43 Vgl. ErwG 69, 83, 84, 88.
44 Vgl. näher Kuhlmann/Trute GSZ 2022, 115.
45 Kuhlmann/Trute GSZ 2022, 115 (119) („schon weil es sich nach unserem freiheitlichen Verständnis verbietet, bestimmte Meinungen oder die Lüge per se als moralischen Unwert zu sanktionieren und zu unterbinden").
46 Hier für Zurückhaltung F. Hofmann Die Grenze des Sagbaren und der DSA, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28.1.2026, S. 16.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

ten Plattformen, rechtmäßige Inhalte durch AGB und Inhaltemoderation auf Grundlage sehr unbestimmter Rechtsbegriffe zu regulieren, erscheint einerseits als innovativer Akt der Notwendigkeit, andererseits ist eine solche **staatlich-private Ko-Regulierung** ihrerseits grundrechtlich problematisch.

20 Vor dem Hintergrund der Gefahren, die von „Desinformationen" ausgehen können, aber auch als Ausdruck unternehmerischer Freiheit und der Privatautonomie erkennt der DSA an, dass Intermediäre **über die gesetzlichen Vorgaben hinaus** „schädliche" oder einfach nur unerwünschte Inhalte entfernen oder sperren dürfen. Der DSA macht hierfür im Wesentlichen Transparenzvorgaben, verpflichtet aber auch dazu, die berechtigten Interessen und die Grundrechte aller Beteiligten zu berücksichtigen (vgl. → Art. 14 Rn. 2 ff.). Im Übrigen steht er derartigen Bemühungen (trotz grundrechtlicher Bedenken) durchaus offen gegenüber.[47] Darüber hinaus haben sehr große Online-Plattformen und sehr große Suchmaschinen im Rahmen des Aufbaus eines **Risikomanagementsystems** systemische Risiken zu mindern, die ihre Dienste verursachen (Art. 35, → Vor Art. 33 ff. Rn. 8 f.). Hierbei geht es weniger um die Unterbindung individueller Äußerungen, sondern mehr um die Regulierung der Funktionslogik von großen Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen. Je länger die Nutzer den Dienst nutzen, desto größer die Gewinnmöglichkeiten. Nutzer können dabei aber faktisch leichter mit Verschwörungstheorien, Hass und Hetze an den Dienst gebunden werden als mit sachlichen Informationen (→ Art. 26 Rn. 5). In Art. 36 findet sich eine Regelung für einen **Krisenreaktionsmechanismus**, der der Kommission ermöglicht, in akuten Krisen für die öffentliche Sicherheit (zB Terroranschläge, Krieg) oder die öffentliche Gesundheit (zB Pandemien) von Plattformen konkrete Maßnahmen zu verlangen, die dazu dienen, die Bedrohung zu verhindern, zu beseitigen oder zu begrenzen.

3. Transparenz- und Rechenschaftspflichten

21 Ein zentrales Regulierungsinstrument des DSA sind **Transparenzpflichten**. Die Arbeits- und Funktionsweise von Intermediären soll nachvollziehbar gemacht werden.[48] Der DSA ist damit dem im Unionsrecht bereits bekannten **Informationsmodell** verpflichtet.[49] Transparenzvorgaben finden sich in mehreren Einzelbestimmungen, die auf verschiedene Informationsquellen zielen.

22 Eine wesentliche Informationsquelle sind die **Allgemeinen Geschäftsbedingungen** der Vermittlungsdienste. Darin müssen diese ihre Nutzer und die interessierte Öffentlichkeit über eine Reihe wichtiger Parameter ihrer Dienste aufklären. Art. 14 verpflichtet, alle Beschränkungsmöglichkeiten und damit ihre **Inhaltemoderation** klar, einfach, verständlich und benutzerfreundlich aufzuzählen, inklusive der Verfahrensregelungen für das **Beschwerdesystem**; nach Art. 23 Abs. 4 müssen sie ihre Voraussetzungen für Maßnahmen gegen Missbrauch ebenso erläutern wie nach Art. 27 die Funktionsweise der **Empfehlungssysteme**, verschärft durch Art. 38 für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen, wonach die Option für ein nicht personalisiertes Empfehlungssystem vorgehalten werden muss.

23 Auch außerhalb der Allgemeinen Geschäftsbedingungen müssen Online-Plattformen informieren, zB nach Art. 26 über **Werbung** (verschärft durch Art. 39 für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen). Die Art. 29 ff. sehen besondere Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen vor, die Verbrauchern den Abschluss von Fernabsatzverträgen mit **Unternehmern** ermöglichen. Auch hier spielt Transparenz eine entscheidende Rolle: Nötig ist die Bereitstellung von Informationen, die Verbraucher benötigen, um mit dem Drittunternehmer **in Kontakt zu treten**. Mitunter erscheint eine über Transparenzvorgaben hinausgehende Regulierung angezeigt. In diesem Sinne verlangt der DSA im Hinblick auf Empfehlungssysteme nur Transparenz, während Art. 6 Abs. 5 DMA inhaltliche Vorgaben (Verbot der Selbstbevorzugung) macht (→ Art. 27 Rn. 46).

24 Darüber hinaus verpflichtet der DSA Hostingdiensteanbieter und Online-Plattformen zur **Transparenz ihrer Beschränkungen**. Beschränkt ein Hostingdiensteanbieter die Anzeige von Informationen, deren Monetarisierung, die Bereitstellung des Dienstes oder das Nutzerkonto, dann muss er den betroffenen Nutzer umgehend darüber informieren und ihm die wesentlichen Gründe für die Beschränkung sowie die möglichen Rechtsbehelfe mitteilen (Art. 17, → Art. 17 Rn. 19 ff., 53). Auch eine Beschwerdeentscheidung muss eine Online-Plattform nach Art. 20 Abs. 5 begründen (→ Art. 20 Rn. 72 f.). Eine auf den ersten Blick unscheinbare, für die Transparenz der Beschränkungen und eine daraus folgende Rechenschaftspflicht der Online-Plattformen kaum unterschätzbare Verpflichtung enthält Art. 24 Abs. 5: Danach müssen Online-Plattformen **alle inhaltlichen Beschränkungen** samt ihrer Begründung an eine **öffentliche Datenbank übermitteln**. Das ermöglicht Wissenschaftlern und Journalisten viel detaillierter als bisher, den Einfluss der Inhaltemoderation auf die Meinungs- und Informationsfreiheit nachzuvollziehen (→ Art. 24 Rn. 1, 15 f.).

47 Kuhlmann/Trute GSZ 2022, 115 (119).
48 Vgl. Kuhlmann/Trute GSZ 2022, 115.
49 Zum Informationsmodell ua Ackermann ZEuP 2009, 230; Leistner ZEuP 2009, 56 (74 f.), vgl. etwa auch → Art. 31 Rn. 1 f.; → Art. 26 Rn. 3.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

25 Als klassisches Instrument sieht der DSA ein abgestuftes System von **Berichtspflichten** vor: Art. 15: Transparenzberichtspflichten aller Anbieter von Vermittlungsdiensten (mit Ausnahme kleiner und kleinster Anbieter); Art. 24: Transparenzberichtspflichten der Anbieter von Online-Plattformen (näher zur Bedeutung derartiger Berichte ua → Art. 15 Rn. 1 f.; → Art. 24 Rn. 1). Für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen ergeben sich weitergehende Transparenzberichtspflichten aus Art. 42.

4. Verhaltensverbote und Verhaltensgebote

26 Mehrere Normen des DSA sind genuin **lauterkeitsrechtlicher Natur** (zB → Art. 25 Rn. 11; → Art. 2 Rn. 72). Es werden bestimmte **Verhaltensverbote** aufgestellt.

27 In diesem Sinne verbietet der DSA Anbietern von Online-Plattformen, ihre Benutzeroberfläche so zu konzipieren, zu organisieren oder zu betreiben, dass Nutzer getäuscht, manipuliert oder anderweitig in ihrer Fähigkeit, freie und informierte Entscheidungen zu treffen, maßgeblich beeinträchtigt oder behindert werden. Während **unterschwellige Beeinflussungsstrategien** gegenüber Verbrauchern bisher primär von der UGP-RL reguliert werden,[50] geht der DSA weiter (→ Art. 25 Rn. 94 ff.).[51] Auch wenn keine Geschäftspraktik eines Unternehmens gegenüber Verbrauchern gemäß Art. 2 lit. d UGP-RL vorliegt (zB Versuche zur Manipulation von Wahlentscheidungen), kann der DSA beschränkend eingreifen.

28 Art. 28 verpflichtet zum **Online-Schutz Minderjähriger**. Nach Art. 28 Abs. 1 haben Anbieter von Online-Plattformen, die für Minderjährige zugänglich sind, geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen zu ergreifen, um für ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen innerhalb ihres Dienstes zu sorgen. Von Intermediären wird ein entsprechendes Verhalten gefordert. Auch Art. 26 Abs. 3 enthält eine Verbotsvorschrift. Werbung darf nicht gezielt angezeigt werden, wenn die Werbung auf Profiling unter Verwendung besonderer Daten iSd Art. 9 Abs. 1 DS-GVO beruht (→ Art. 26 Rn. 59 ff.; s. auch → Art. 28 Rn. 16 ff.).

5. Aufsichtsmechanismen

29 Der DSA enthält **Aufsichtsrecht**.[52] Er begründet vor allem im Hinblick auf sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen einen **Aufsichtsmechanismus** (Art. 65 ff.).[53] In diesem Sinne werden Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen mindestens einmal jährlich gemäß Art. 37 einer unabhängigen Prüfung unterzogen (→ Art. 37 Rn. 1 ff.). Flankiert werden die Aufsichtsbefugnisse mitunter durch materiell-rechtliche Regelungen (zB Verpflichtung zur Anlegung von Werbearchiven, Art. 39 Abs. 1).[54]

B. Entstehungsgeschichte

I. Vorarbeiten

30 Das Projekt eines DSA geht zurück auf die von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen formulierten **politischen Leitlinien**.[55] Wörtlich heißt es hier: „Mit einem neuen Gesetz über digitale Dienste müssen bessere Haftungs- und Sicherheitsvorschriften für digitale Plattformen, Dienste und Produkte geschaffen und der digitale Binnenmarkt vollendet werden."[56]

31 Die Kommission hat in der **Mitteilung** vom 19.2.2020 „**Gestaltung der digitalen Zukunft Europas**" angekündigt, die Vorschriften für digitale Dienste zu stärken und zu modernisieren. Im Fokus sollte die Rolle von Online-Plattformen und deren Pflichten bei der Bekämpfung von illegalen Inhalten stehen.[57] Das **Europäische Parlament** hat sich mit mehreren **Entschließungen** in den Diskussionsprozess eingebracht („Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts";[58] „Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen";[59] „Gesetz über

50 Vgl. Art. 2 Abs. 4 lit. f iVm ErwG 10.
51 Zu „Dark Patterns" und dem DSA ua Kühling/Sauerborn CR 2022, 226 (233 f.); Dregelies MMR 2023, 243.
52 Vgl. Härting/Adamek CR 2021, 165 (170).
53 Zur Zahlung einer Aufsichtsgebühr Art. 43.
54 ErwG 95 S. 2.
55 Siehe https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf (Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019–2024).
56 Politische Leitlinien S. 16.
57 COM(2020) 67 final, 12; s. a. Schlussfolgerungen des Rates zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas (8711/20) vom 9.6.2020 (Nr. 46–50).
58 Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20.10.2020 mit Empfehlungen an die Kommission zum Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts (2020/2018(INL)).
59 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20.10.2020 mit Empfehlungen an die Kommission zum Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen (2020/2019(INL)).

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

digitale Dienste und die Grundrechte betreffende Fragen“[60]). Inhaltlich wird vor allem der Umgang mit rechtswidrigen Inhalten thematisiert.

II. Gesetzgebungsverfahren

Am 15.12.2020 legte die Kommission einen **Vorschlag für eine Verordnung** des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der E-Commerce-RL vor.[61] Im Anschluss wurde der Entwurf mehrfach, teils substanziell verändert. Zu beachten ist auch, dass die Nummerierung mehrfach gewechselt hat. Bei der Lektüre von Beiträgen, die sich auf Entwürfe beziehen, muss dies im Auge behalten werden. Deswegen wird bei jeder Kommentierung zu Beginn auch die frühere Nummerierung in den verschiedenen Entwurfsstadien angegeben. Auch bei der deutschen Übersetzung sind Fehlübersetzungen, inkonsistente Übersetzungen und teilweise andere Konnotationen als in der englischen Verhandlungsfassung zu beobachten (→ Rn. 34). Im Zweifel empfiehlt sich ein Abgleich mit der englischen Fassung. 32

Weitreichende Änderungen brachte das „**Trilog-Verfahren**“.[62] Die Einigung zwischen Kommission, Rat und Parlament erfolgte am 22.4.2022. Neben vielen Änderungen im Detail wurden vor allem Regelungen zu Online-Suchmaschinen aufgenommen. 33

Beachtliche Veränderungen im Nachgang zur Abstimmung im Parlament brachte schließlich das **Berichtigungsverfahren nach Art. 241 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments**. Hierbei wurde nicht nur die Nummerierung der Einzelvorschriften glattgezogen, sondern es wurden auch Begriffe verändert (zB „rechtswidrige Inhalte“ statt „illegale Inhalte“), neue Artikel (zB Art. 3 lit. w; Art. 29) und neue Tatbestandsmerkmale eingefügt (zB Art. 17 Abs. 1). Bedauerlicherweise finden sich auch in der offiziellen Version Flüchtigkeitsfehler (zB wird das Gremium iSv Art. 61 Abs. 1 in der Überschrift von Art. 11 mit „Vorstand“ übersetzt[63] und – gravierender – nennt Art. 42 Abs. 2 in der deutschen Fassung „Online-Suchmaschinen“, obwohl es in der englischen und französischen – richtigerweise – „Online-Plattformen“ heißt[64]). An wenigen Stellen unterscheidet sich auch die im Amtsblatt veröffentlichte Fassung von der berichtigten Fassung (zB wurde die Fehlnummerierung in Art. 19 Abs. 1 korrigiert). Insbesondere bei Wortlaut- oder systematischen Argumenten, aber auch sonst lohnt ein Blick in die **englische Version** bei der Arbeit mit dem DSA.[65] 34

Für den Entstehungsprozess des DSA sind folgende **weitere Dokumente** beachtlich: 35

- Empfehlungen des Parlaments an die Kommission vom 20.10.2020[66]
- Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 27.4.2021[67]
- Stellungnahme des Europäischen Datenschutzbeauftragten vom 10.2.2021[68]
- Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen vom 30.6.2021[69]
- Schriftliche Meinungsäußerungen weiterer Parlamentsausschüsse[70]
- Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherfragen, Berichtsentwurf vom 28.5.2021 (Berichterstatterin: Christel Schaldemose)[71]

60 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20.10.2020 zu dem Gesetz über digitale Dienste sowie über die Grundrechte betreffende Fragen (2020/2022(INI)).

61 COM(2020) 825 final.

62 Näher Gerpott CR 2022, 516 (517 ff.); s. auch Kraul Der neue DSA/Kraul § 1 Rn. 22 ff.

63 Dazu → Art. 11 Rn. 15.

64 Dazu → Art. 42 Rn. 20.

65 Raue/Heesen NJW 2022, 3537.

66 Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2020 mit Empfehlungen an die Kommission zum Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts, ABl. C 404 vom 6.10.2021, S. 2.

67 Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG“, ABl. C 286 vom 16.07.2021, S. 70.

68 Zusammenfassung der Stellungnahme des Europäischen Datenschutzbeauftragten zu dem Vorschlag für ein Gesetz über digitale Dienste, ABl. C 149/3 vom 27.04.2021; vgl. für die vollständige Version Stellungnahme 01/2021 zu dem Vorschlag für ein Gesetz über digitale Dienste, abrufbar unter https://edps.europa.eu/system/files/2021-04/21-02-10-opinion_on_digital_services_act_de.pdf.

69 Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen zum Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte, ABl. C 440 vom 29.10.2021, S. 67.

70 Stellungnahme des Rechtsausschusses vom 11.10.2021, PE694.960v02-00; Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter vom 13.10.2021, PE693.717v03-00; Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Währung vom 26.10.2021, PE693.929v02-00; Stellungnahme des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres vom 28.07.2021, PE692.898v07-00; Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie vom 29.09.2021, PE693.552v02-00; Stellungnahme des Ausschusses für Verkehr und Tourismus vom 30.09.2021, PE691.254v02-00; Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Bildung vom 05.10.2021.

71 Draft Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on a Single Market For Digital Services (Digital Services Act) and amending Directive 2000/31/EC, EP Document A9-0356/2021 vom 28.05.2021, PE693.594v01-00.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

- Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherfragen, Berichtsentwurf vom 1.6.2021 (Berichterstatter: Andreas Schwab)[72]
- DSA-Kompromisstext vom 18.11.2021[73]
- Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherfragen, Abschlussbericht vom 20.12.2021 von Christel Schaldemose[74]
- Parlamentsversion vom 20.1.2022[75]
- Parlamentsversion vom 5.7.2022[76]
- „Trilog"-Fassung[77]
- Fassung nach den Berichtigungsverfahren nach Art. 241 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments[78].

III. Inkrafttreten und Anwendung

36 Die Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.10.2022 wurde am 27.10. im **Amtsblatt** veröffentlicht; am 1.12.2022 wurde eine **Berichtigung** von Art. 9 Abs. 1 und Art. 10 Abs. 1 im Amtsblatt[79] veröffentlicht. Der DSA trat ausweislich Art. 93 Abs. 1 am 16.11.2022 in Kraft (näher → Art. 93 Rn. 3). Es bestehen jedoch **Übergangsfristen** für die Geltung der meisten Vorschriften (→ Art. 93 Rn. 4 f.). Am 1.2.2023 hat die **Kommission** auf ihrer Webseite „**Fragen und Antworten zur Identifizierung und Zählung aktiver Nutzer** im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste" veröffentlicht, in der sie „den Standpunkt der Kommissionsdienststellen" zu Informationen über die aktiven Nutzer nach Art. 24 Abs. 2 sowie der aktiven Nutzer von Online-Plattformen und -Suchmaschinen (Art. 3 lit. p, q) wiedergibt (→ Art. 3 Rn. 121 ff., → Art. 24 Rn. 11).[80] Dieses Dokument soll aber lediglich den Rechtsstandpunkt der Kommissionsdienststellen wiedergeben, die Kommission aber nicht binden und „etwaige Beschlüsse oder Standpunkte der Kommission oder delegierte Rechtsakte, die die Kommission in Zukunft gemäß Artikel 33 Absatz 3 des DSA erlassen kann, unberührt" lassen.

C. Systematik des Gesetzes über digitale Dienste (DSA)

I. Aufbau

37 Der DSA ist in fünf Kapitel gegliedert. Neben **zwei materiell-rechtlichen Säulen** (Haftungsprivilegierungen in Art. 4 ff. und Statuierung diverser Sorgfaltspflichten, Art. 11 ff.) legt der DSA auch einen Schwerpunkt auf die (**behördliche**) **Rechtsdurchsetzung** (→ Art. 1 Rn. 32 ff.). Der Durchsetzungsmechanismus des DSA baut dabei auf den Mechanismen der DS-GVO auf.[81]

II. Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen

38 In **Kapitel I** finden sich **allgemeine Bestimmungen**. Formuliert sind hier die Ziele des DSA (Art. 1), der sachliche, internationale und persönliche Geltungsbereich der Regelungen (Art. 2 Abs. 1, Abs. 2) sowie das Verhältnis zu anderen Rechtsakten der Union (Art. 2 Abs. 3, Abs. 4). In Art. 3 werden die zentralen Begriffe definiert.

72 Draft Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council Contestable and fair markets in the digital sector (Digital Markets Act), PE692.792v01-00.

73 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG – Allgemeine Ausrichtung, 13203/21 vom 18.11.2021.

74 Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)) vom 20.12.2021, PE693.594v02-00.

75 Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 2022 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)), P9_TA(2022)0014.

76 Position of the European Parliament adopted at first reading on 5 July 2022 with a view to the adoption of Regulation (EU) 2022/... of the European Parliament and of the Council on a Single Market For Digital Services (Digital Services Act) and amending Directive 2000/31/EC, EP-PE_TC1-COD(2020)0361.

77 Regulation (EU) 2022/… of the European Parliament and of the Council on a Single Market For Digital Services (Digital Services Act) and amending Directive 2001/31/EC, PE-CONS No/YY - 2020/0361(COD) https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/IMCO/DV/2022/06-15/DSA_2020_0361COD_EN.pdf; https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9342-2022-INIT/x/pdf.

78 Corrigendum to the position of the European Parliament adopted at first reading on 5 July 2022 with a view to the adoption of Regulation (EU) 2022/... of the European Parliament and of the Council on a Single Market For Digital Services and amending Directive 2000/31/EC (Digital Services Act), cor01, P9_TA(2022)0269.

79 Berichtigung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 310/17 vom 1.12.2022, S. 17.

80 Siehe https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/dsa-guidance-requirement-publish-user-numbers.

81 Raue/Heesen NJW 2022, 3537; vgl. auch Janal K&R 2021 Beil. Heft 6, 6; Kettermann/Schulz/Fertmann ZRP 2021, 138 (140).

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Stichwortverzeichnis

Fette Zahlen bezeichnen die Artikel, magere die Randnummern.

Abhilfe **16** 90
– Abhilfeentscheidung **16** 63 ff.
– Abhilfeentscheidung, unbegründete **20** 65 f.
– Abhilfemaßnahme **20** 37
– Abhilfemaßnahme, AGB **16** 98
– Abhilfemaßnahme, Monetarisierung **16** 97
– Abhilfemaßnahme, Sichtbarkeit **16** 97
– Abhilfeoption **16** 93
– Abhilfeverfahren **16** 3
Abhilfeentscheidung
– Bußgeldpflicht **16** 74a, 134
– Ordnungswidrigkeit **16** 74a, 134
Abhilfeklage **14** 127, **16** 132
Abhilfeverfahren **16** 60
Ablenkung der Aufmerksamkeit (Misdirection) **25** 28
Abmahnung **6** 53
Abmeldung **25** 120
Abonnement (Hidden Subscription), unerkanntes **25** 22
Absatzförderung **3** 155
Access-Provider **Vor 4** 53, **4** 3, 25, 33, 39, **8** 16
Adressatenauswahl **4** 15
ADR-Gewährleistungsanspruch **21** 2
ADR-RL **2** 69, **21** 13 ff.
AGB **Einl** 22, **2** 49, **3** 79, 145, **Vor 4** 67, 97, **7** 21, **14** 1 ff., 24 ff., **27** 26, 30
– Aktualisierung **14** 46
– Anforderung an Abfassung **14** 47 ff.
– Anforderung an Zurverfügungstellung **14** 57 ff.
– Anpassung im Krisenfall **36** 12
– Ansprüche von Nutzern bei Verstößen gegen Art. 14 **14** 115 ff.
– Anwendungskontrolle **14** 72 ff.
– außervertragliche Ansprüche von Nutzern bei Verstößen gegen Art. 14 **14** 117 ff.
– außervertragliches Nutzungsverhältnis **14** 27
– Ausübungskontrolle **14** 17
– behördliche Kontrolle **Vor 49** 15 f.
– behördliche Rechtsdurchsetzung **14** 131 ff.
– benutzerfreundliche **14** 55
– Beschränkung von Nutzerinformationen **14** 29
– Bußgeldpflicht **14** 132
– Definition **14** 24 ff.
– Einbeziehungskontrolle **14** 15
– einfache **14** 52
– einseitig auferlegte Vertragsbedingung **14** 26
– Informationspflicht über Änderung **14** 62 ff.
– Inhaltskontrolle **14** 72 ff.
– internes Beschwerdemanagementsystem **14** 39 f.
– klare und eindeutige **14** 49
– Kündigungsrecht **14** 43
– leicht zugängliche **14** 58
– maschinenlesbare **14** 59
– Maßnahme **14** 41
– Maßnahme gegen Missbrauch **14** 44
– minderjährigengerechte **14** 68 ff.
– Parameter ihres Empfehlungssystems **14** 45
– Pflichtangabe **14** 37 ff.
– private Rechtsdurchsetzung **14** 113 ff.
– Risikobewertung **34** 144
– Sprache **14** 54, 56
– Strategie zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Inhalte **14** 45a
– Unwirksamkeit von Klauseln bei Verstoß gegen Art. 14 **14** 114
– verständliche **14** 52
– vertragliche Ansprüche von Nutzern bei Verstößen gegen Art. 14 **14** 115
– vorformulierte Vertragsbedingung **14** 26
– Vorgaben des Art. 28b Abs. 1, 2 AVMD-RL **14** 45b
– vorhersehbare **14** 50
– Zusammenfassung von **27** 30
Agentur der Europäischen Union für Grundrechte **45** 31, **46** 15
AGORA-Plattform **85** 7, 14 f.
Akteneinsicht **79** 15
Aktionsplan **51** 29 f., **75** 8
Aktive Nutzer **Vor 4** 28, **24** 21
– Doppelzählung **3** 121
– durchschnittliche monatliche Zahl **24** 19 ff.
– Online-Plattform **3** 121
– Online-Suchmaschine **3** 126
Aktive Rolle **2** 51, **3** 49, **Vor 4** 13, 76, **4** 10, **5** 13, **6** 14, 21, **7** 1, 7, 15, 27, **23** 94
– Zueigenmachen **Vor 4** 77
Aktualisierungspflicht **5** 18
Akzessorietät **Vor 4** 91
Algorithmische Entscheidungsfindung **14** 42, **20** 61 f., **23** 74
Algorithmische Rechtsdurchsetzung **Einl** 63
Algorithmisches System **35** 44
– Gestaltung **34** 130
Algorithmus **27** 12
AliExpress **26** 76, **39** 46
Allgemeine Überwachungspflicht **Vor 4** 63, **8** 1
– Grundrecht **8** 3
Allgemeininteresse **Vor 4** 31
Alternativer Empfehlungsalgorithmus **27** 35
Alternative Streitbeilegung **21** 1 ff.
– Trend **21** 9
Altersermittlung **28** 19 ff.
Altersgerechter Inhalt **28** 2
Altersverifikation **28** 6a, 11, 19 ff., 22c
Altersverifikationssystem **7** 20
Amazon **38** 14
– Store **39** 48

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Amtshaftung **Vor 49** 1
Amtshilfe **Vor 56, 61** 15, **57** 1
– Ad-hoc-Warnungen **57** 7
– als Daueraufgabe **Vor 56, 61** 16, **57** 2
– Angemessenheit der geforderten Hilfeleistung **57** 13
– comply or explain **57** 13
– datenschutzrechtliche Ermächtigung **57** 9
– gemeinsame Untersuchung **60** 10
– grenzüberschreitende Informationsbeschaffung **Vor 56, 61** 17, **57** 9
– Sprache **57** 15
– Unterrichtungspflicht **57** 6
– Verweigerung **57** 13
Analoge Meldung **16** 32 f.
Anfangsverdacht **65** 5, 12
Angabe
– in gutem Glauben **16** 41
– Klarheit **9** 55
Angemessenes Gleichgewicht **Vor 4** 65
Anhörung **16** 62
– Anhörungsrecht **73** 13, **79** 5
– des Nutzers **16** 86 ff.
– Drittbetroffener **20** 58
– vor Inhaltemoderation aufgrund von AGB **14** 86 ff.
Anknüpfungsort **18** 47 f.
Anonyme Meldung **16** 40, **23** 31
Anonyme Nutzung **17** 34
Anonymität **Vor 4** 29
Anordnung **2** 64, **5** 45
– behördliche **4** 40, **6** 71
– Bestimmtheit **9** 41
– Durchsetzung **9** 6
– Echtheit **9** 61
– formale Interpretation **9** 32
– Informationspflicht **9** 29
– konstitutiv **6** 71
– materielle Interpretation **9** 32
– materielles Recht **9** 16
– Mindestbedingung **9** 45
– Mindestinhalt **9** 4
– räumlicher Geltungsbereich **9** 63
– rechtswidrige **9** 40
– Verfahrensrecht **9** 3
– Vollziehung **9** 3
Anordnungsbefugnis im Aufsichtsverfahren **Vor 64** 6
Anordnung von Behörden, Transparenzbericht **15** 26 f.
Anschrift **30** 17 ff.
Anspruch
– Anspruchsberechtigung **54** 19 ff.
– Anspruchssystem **Vor 4** 38, 69
– auf rechtliches Gehör **79** 5
– auf Sperrung und Löschung **20** 77
– auf Wiederherstellung von Informationen und Beendigung anderer beschränkender Maßnahmen **20** 76
– materielles Recht **Vor 4** 69, **9** 16
– materiell-rechtlicher **6** 66
– Verhältnis zu Anordnungen **9** 15
Anspruchsgrundlage **1** 19, **2** 54, 62, **4** 6, **5** 6
– materielles Recht **Vor 4** 38
Anwaltsprivileg **67** 34
Anwendbares Recht **2** 34
– nationales **54** 27
– Sachrecht **56** 5
– vertragliches Schuldverhältnis **54** 28
Anwendbarkeit
– des DSA **92** 1, **93** 3
– nationaler privatrechtlicher Durchsetzungsmechanismen **Vor 11** 59 f., **14** 113
Anwendungsbereich **1** 1
– räumlicher **2** 1, 6
– sachlicher **2** 1, 24
– zeitlicher **93** 2
Anwendungskontrolle AGB **14** 72 ff.
Anwendungsprogrammierschnittstelle **39** 39, **44** 14
Anwesenheit **3** 109
Anzeige **9** 43
– Herabstufung **14** 32
Anzeigealgorithmus **14** 32
Anzeigenblatt **3** 68
Anzeigestatistik **39** 25
API **39** 39
App-Store **2** 19
Äquivalenzgrundsatz **16** 26, **54** 11, 42
Arbeitgeber **3** 20
Arbeitnehmer **3** 20, 33, **6** 18, 20
Arbeitssprache **11** 25 ff.
Archiv **5** 36
– für Werbung **39** 1 *siehe* Werbearchiv
Art der Online-Plattform **Vor 11** 6
Art und Weise der Information **26** 34 ff.
Arzneimittel **2** 29
Asymmetrischer Aufwand (Roach Motel) **25** 36
Auditing **44** 17
Aufbewahrungspflicht **30** 47
Aufdeckungspflicht **2** 65
Aufforderungsbefugnis
– Anforderung **58** 14
– Bindungswirkung **58** 13
– des Koordinators am Bestimmungsort **58** 6
Aufmerksamkeitsökonomie **26** 5, **27** 2
Aufsicht **Einl** 7, **1** 33, **6** 19, **35** 4, **39** 2, **49** 1
– angemessen qualifiziertes Personal **20** 60
– Maßstäbe **49** 1a
– zivilgesellschaftliche **22** 2
Aufsichtsgebühr **50** 8, **91** 12
– Änderung im Gesetzgebungsprozess **43** 5
– angemessene Aufsicht **43** 1

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

– angemessenes Verhältnis zur durchschnittlichen monatlichen Zahl der aktiven Nutzer **43** 27
– Aufsichtsaufgabe **43** 13
– Ausübung der besonderen Befugnisse und Aufgaben der Beaufsichtigung, Untersuchung, Durchsetzung und Überwachung **43** 14
– Bedarf staatlicher Kontrolle **43** 2
– Benennung **43** 7
– Berechnung **43** 17
– Berichterstattung **43** 31
– Compliance-Abteilung **43** 10
– Deckung **43** 15
– delegierter Rechtsakt, Methodik **43** 21
– delegierter Rechtsakt, Verfahren **43** 21
– Durchführungsrechtsakt und delegierter Rechtsakt, Grundsatz **43** 25
– Durchführungsrechtsakt zur Festlegung der Höhe **43** 18
– Einwand **43** 23
– Erhebung **43** 6
– Europäische Kommission **43** 4, 9
– Expertise **43** 9
– externe zweckgebundene Einnahme **43** 29
– Finanzierung nationaler Behörden **43** 12
– Finanzierung zusätzlicher Humanressourcen sowie anderer Ausgaben **43** 30
– Finanzmarktregulierung **43** 8
– für jeden Anbieter **43** 20
– Gesamtbetrag **43** 16, 28
– im Vorjahr angefallene Kosten **43** 26
– Jahresnettoeinnahmen **43** 28
– jährliche **43** 6
– kommissionsinterne Organisation **43** 11
– Kontrolle des Kommissionshandelns **43** 22
– Kosten **43** 13
– Mitteilung des Beschlusses **43** 7
– Normstruktur **43** 3
– Rechtsbehelfe **43** 33
– Regelungskonzept **43** 4
– Ressource **43** 1, 9
– Sanktionen **43** 32 f.
– Stellung im DSA **43** 4
– systemisches Risiko **43** 8
– Telos **43** 1
– Verfahren nach Artikel 87 **43** 22
– von den einzelnen Mitgliedstaaten benannte Sachverständige **43** 23
– wirtschaftliche Leistungsfähigkeit **43** 4
Aufsichtsrecht **Einl** 29, 67
Auftrag **6** 31
Aufwandsasymmetrie **25** 2
Ausführung Anordnung, Informationspflicht **9** 34
Auskunft **67** 11
– allgemeiner Art **Vor 4** 75
– Behörde **10** 2
Auskunftsanordnung **10** 1
– Anforderung **10** 29
– Ausführung **10** 22
– Begründung **10** 37
– Grenze **10** 42
– Informationspflicht **10** 4, 18
– Verfahrensrecht **10** 8
– Zugang **10** 25
Auskunftsanspruch
– behördlicher **51** 11
– privatrechtlicher **10** 1
Auskunftspflichtige Person **67** 26
Auskunftsverlangen **67** 1
Auskunftsverweigerungsrecht **67** 31, **74** 19
Auslegung, autonome **3** 2
Ausnahme für Kleinst- und Kleinunternehmen **15** 5, **19** 1 ff.
Ausnutzen
– Durchsetzungsschwäche **25** 86
– Entscheidungsschwäche **25** 86
Ausrichtung der Tätigkeit **2** 17
Ausschließliche Zuständigkeit der Kommission **Vor 64** 3
Ausschuss für digitale Dienste **88** 1
Außergerichtliche Streitbeilegung **2** 59, **21** 1 ff., 40
– Anhängigkeit **21** 39 ff.
– Antrag auf Zulassung **21** 88
– anwendbares Recht **21** 49 ff.
– beigelegte Streitigkeiten **21** 42 ff.
– Beilegung **21** 60
– berechtigte Personen **21** 62 ff.
– böswillige Einleitung **21** 123
– Böswilligkeit **21** 121 ff.
– Dauer **21** 109 ff.
– Effizienz **21** 83 f.
– Entscheidung **21** 48
– faires Verfahren **21** 104 ff.
– Finanzierung **21** 70 ff.
– Forum shopping **21** 58
– Fristenberechnung **21** 109
– Gebühr **21** 113 ff.
– Informationen an die Kommission **21** 101 ff.
– Informations- und Berichtspflichten **21** 127 ff.
– juristische Grundkenntnisse **21** 75 ff.
– KI **21** 34a
– Kosten **21** 112 ff.
– kostengünstige **21** 83 f.
– normenbasierte Entscheidung **21** 50 ff.
– Parteiidentität **21** 39a
– Präklusion **21** 46
– prozessuale Mindeststandards **21** 104 ff.
– rasche **21** 83 f.
– Rechtsanwalt **21** 119
– Rechtsbeistand **21** 119
– Rechtsschutz **21** 47
– Reformvorschläge **21** 34b
– Sachkenntnis **21** 74 ff.
– Schutzgebühr **21** 116
– Teilnahmepflicht **21** 35 ff.
– Teilunterliegen **21** 125 ff.
– Treu und Glauben **21** 105

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

– Verjährungshemmung **21** 145
– Widerruf der Zulassung **21** 95 ff.
– Zertifizierung **21** 85 ff.
– Zulassungsinhalt **21** 92
– Zulassungsverfahren **21** 87
– Zulassungsverlängerung **21** 94
Außervertragliches Nutzungsverhältnis, AGB **14** 27
Außervertragliches Schuldverhältnis, anwendbares Recht **54** 31
Aussetzung des Dienstes **23** 61 ff.
– Voraussetzung **23** 18 ff.
– Zeitraum **23** 23
Aussetzung oder Beendigung der Bereitstellung des Dienstes **14** 36
Aussetzung von Melde-, Abhilfe- und internem Beschwerdeverfahren **23** 24 ff.
– Dauer **23** 33 f.
– Voraussetzung **23** 26
Ausübungskontrolle **14** 17
Auswahlentscheidung, Hervorhebung **25** 62
Auswahlmöglichkeit, Hervorhebung **25** 107 f.
Auswirkungsprinzip **2** 6
Autocomplete-Funktion **3** 66
Automation bias **20** 62
Automatisierte Entscheidung **26** 70
Automatisierte Mittel **Einl** 63, **16** 100
– automation bias **20** 62
– menschliche Aufsicht **20** 61
Automatisierte Überprüfung **Vor 4** 13
Automatisierung **3** 139
Autonome Entscheidung **26** 1, 7, **27** 5
Autonomes System **3** 30
AVMD-RL **Einl** 77, **2** 44, **14** 14a, **16** 10a, **17** 7a, **20** 12a, **26** 48, 57, **28** 12, 21a, **89** 4
– außergerichtliche Streitbeilegung **21** 32 ff.
– Sorgfaltspflicht **Vor 4** 58
– Verbot allgemeiner Überwachungspflicht **Vor 4** 58
– Werberegulierung **2** 45

Bait and Switch **25** 39
Barrierefreiheit **27** 27, **47** 1
Basisregelung **Einl** 41, 69
Beachtungspflicht **Vor 64** 16
Bearbeitungsfrist **Vor 11** 47, **16** 67
– Qualität der Meldungen **16** 71
– technisches Verfahren **16** 71
– vertrauenswürdiger Hinweisgeber **22** 23
Bearbeitung von Beschwerden **16** 60, **20** 46 ff.
– Reihenfolge **16** 68
– unverzügliche **16** 65 f., **20** 49 ff.
– zeitnahe **16** 65, **20** 47 f.
Beeinflussung, Zulässigkeit **25** 90 f.
Beeinträchtigung des Handels **Vor 4** 66
Befassung der Kommission **59** 1
– Anlass **59** 6
– Begründung **59** 11
– durch Gremium **59** 5
– Gegenstand **59** 16
– Konsultation Koordinator **59** 14
Befassungsrecht **Vor 64** 17
Befragung
– behördliche **51** 16
– Zeugen **68** 10
Befugnis, behördliche **51** 1
Befugnisübertragung **87** 1
Begehung **18** 18
Begründung **16** 36
– behördliche Anordnung **9** 78
– Form **17** 55
– gerichtliche Anordnung **9** 78
– klare **17** 19
– spezifische **17** 19
– Sprache **17** 60
– Übermittlung **17** 20
– Umfang **9** 78
Begründungspflicht **2** 58, **9** 51, **17** 1
– Bußgeldpflicht **17** 65 ff., **20** 85, **22** 91, **23** 96
– Inhaltemoderation **17** 16
– Kontaktangaben **17** 33
– Missbrauchs **17** 17
– Ordnungswidrigkeit **17** 65 ff., **20** 85, **22** 91, **23** 96
– Straftat **17** 41
Beherbergung, Airbnb **2** 32
Beherbergungsdienstleistung **3** 18
Behindernde Praxis, Dark Pattern **25** 29 ff.
Behinderung **25** 64 ff.
– ungewollte Handlung **25** 65 f.
Behörde **Einl** 5, **9** 53
– Anforderung **50** 1
– Identifizierung **9** 61
– Kommunikation mit der **11** 8
– nationale **1** 33
– zuständige **49** 1 ff.
Behördenbezogene Pflicht **54** 37
Behördenzusammenarbeit **Einl** 7
Behördliche Anordnung **Vor 4** 2, 50a, 57, 60, 69, **4** 40, **6** 71, **9** 15, 20
– Ausgestaltung **9** 3
Behördliche Aufsicht **Vor 11** 57
Behördliche Befugnisse
– AGB-Kontrolle **Vor 49** 15 f.
– Aktionsplan **51** 29 f.
– Ausübungsmaßstab **51** 38
– Deutschland **51** 6a
– einstweilige Maßnahme **51** 25
– Ermessen **51** 10b
– Geldbuße **51** 23 f., **52** 7 ff.
– Irland **51** 6a
– keine Geltung des Wiederholungsverbots **51** 7
– naming and shaming **51** 18a, **55** 9
– nemo-tenetur-Grundsatz **51** 40
– Netzsperre **51** 30
– numerus clausus **51** 10, 18 f.
– Rechtsschutz **51** 41

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

– Regelungsauftrag an die Mitgliedstaaten **51** 2, 39, **52** 1 f.
– Sanktion **51** 23 f., **52** 1 ff.
– Sanktionen, sonstige **52** 9
– Verdachtsgewinnung **49** 10, **51** 13, 21
– Verpflichtungszusage **51** 20
– Verwaltungsvollstreckung **51** 18, 18b
– Zugangsbeschränkung **51** 30
– Zwangsgeld **51** 24, **52** 7c ff.
Behördliche Einstellungs- und Abhilfeanordnung **51** 22
Behördliche Ermittlung, Justizbehörde **51** 15 ff.
Behördliche Rechtsdurchsetzung **Einl** 37, **1** 32, **9** 43, **10** 2, **Vor 11** 57, **11** 31, **12** 36, **13** 28, **14** 131, **15** 44, **16** 133, **17** 64, **20** 84, **23** 95, **24** 26, **25** 128, **Vor 49** 13
– Ermessen **58** 11, 27, **59** 9, 22
– gesamtgesellschaftlicher Belang **58** 9, 11
– Gremium für digitale Dienste **58** 12
– grenzüberschreitende **Vor 56, 61** 19, **57** 1, **58** 1
– Meldung des Verdachts auf Straftaten **18** 55
– nationales Recht **49** 15 f., **Vor 56, 61** 1, 27, **56** 5, **58** 23
– rechtswidriger Inhalt **49** 15 f.
– subjektives Recht **58** 11
– vertrauenswürdige Hinweisgeber **22** 90
Behördliches Ermessen **51** 19a, **58** 11, 27, **59** 22, **60** 14, 18
– Befassung der Kommission **59** 9
Behördliche Unabhängigkeit **Vor 49** 9 ff., **50** 9
– Behördenleitung **50** 15 ff.
– gegenüber Privaten **50** 18
– im deutschen Recht **50** 18a
– institutionelle **50** 10
– Kommission **Vor 49** 17
– Rechtfertigung **Vor 49** 12
– Rechtsstaatsdefizit **Vor 49** 17
– sachliche **50** 11
Behördliche Zuständigkeit **49** 1 ff., **56** 1
– Auffangzuständigkeit aller Mitgliedstaaten **56** 15
– ausschließlich der Kommission **56** 19 f.
– Eingriffszuständigkeit **49** 8, **51** 3, **56** 3
– Herkunftslandprinzip **56** 1, 10 ff.
– horizontale Zentralisierung **Vor 56, 61** 4, **60** 7
– konkurrierende Zuständigkeit der Kommission **56** 20
– nach dem gesetzlichen Vertreter **56** 12
– nach Maßgabe der Hauptniederlassung **56** 10 ff.
– Prüfungs- und Initiativzuständigkeit **49** 8, **56** 4
– Sonderzuständigkeit **56** 24, **57** 9, **60** 1, 19
– vertikale Zentralisierung **Vor 56, 61** 5, **58** 24, **59** 1, 13, 24
Belastung mit einer Verbindlichkeit **25** 124, **54** 46
Belehrung von Zeugen **68** 8
Beliehene **22** 56a
Benutzerfreundliche Kommunikation **44** 10
Benutzerfreundlichkeit **16** 24 f., 46, **20** 19
Benutzerkonto **7** 19
Benutzeroberfläche **3** 114
Benutzung, Marke **Vor 4** 15
Beratungsverfahren, Aufsichtsgebühr **43** 19
Bereicherungsverbot **54** 43
Bereichsspezifische Regelung **Einl** 69
Bereitstellung des Dienstes, Aussetzung oder Beendigung **14** 36
Bereitstellungskriterien **39** 19 ff.
Bericht, Expertise zum Risikomanagement **35** 74
Berichtsintervall **15** 21 f.
Berichtspflicht **Einl** 25, **2** 61
– § 2 NetzDG **24** 7
– abgestufte **15** 5
– Konsultation **42** 46
– Zeitraum **15** 12
Berichtswesen, Inhaltsbeschränkung **15** 1
Berichtszeitraum **15** 21 f.
Berücksichtigungspflicht
– Aufforderung zum Tätigwerden **58** 20
– Befassung der Kommission **59** 22
– der Koordinatoren gegenüber dem Gremium **63** 2, 18
– formale **63** 22
– Krisenreaktionsmechanismus **36** 8
Berufliche Sorgfalt **Vor 4** 48
Berufsgeheimnis **Einl** 51, **67** 33, **84** 1
– Missachtung **84** 19
– Verpflichteter **84** 8
– Voraussetzung **84** 13
Beschränkung
– der Anzeige **17** 25 ff., **20** 40
– der Monetarisierung **20** 43
– der Nutzung, shadow banning **34** 71
– von Geldzahlungen **17** 28 f.
– von Nutzerinformationen, AGB **14** 29 ff.
– von Nutzerinhalten, Anhörung **14** 86 f.
– von Nutzerinhalten, qualitative Vorgabe **14** 78 ff.
Beschwerde
– angemessen begründete **20** 22
– Bearbeitung **20** 46 ff.
– Form **20** 31
– hinreichend präzise **20** 22
– Sprache **20** 32
– verwaltungsrechtliche **53** 1
Beschwerdeeinlegung, aufschiebende Wirkung **20** 64
Beschwerdeentscheidung **6** 73
Beschwerdefähige Entscheidung **20** 36 ff.
– Community-Moderatoren **20** 36
– Entscheidungen auf der Grundlage behördlicher Anordnungen **20** 39c ff.
– Entscheidungen ohne Begründung **20** 39b
– in Art. 20 aufgeführte Beschränkungen **20** 39
– sonstige Beschränkungen **20** 39a
Beschwerdefrist **20** 29 f.
Beschwerdeführer **20** 26 ff.

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

Beschwerdemanagementsystem **2** 53, 59, **Vor 4** 96, **20** 1 ff.
– Einrichtung **20** 17 f.
– Transparenzbericht **15** 35 f.
– Zugang **20** 16
Beschwerderecht **30** 46
Beschwerdeverfahren **6** 60, 66, 78, **20** 1 ff.
– Drittbetroffener **20** 58
– Nutzerrecht **20** 1
– Zugang **20** 25
Beseitigungsanspruch **5** 29
Besondere Kategorie personenbezogener Daten **26** 13, 63 ff., **39** 18
– Profiling **26** 59 ff.
Bestandsunternehmen **30** 33
Bestellvorgang, Abbruch **25** 119
Bestimmtheit **9** 56
Bestimmtheitsgrundsatz **9** 41, **10** 28
Bestimmungslandprinzip **49** 8
Bestimmungsort
– Aufforderungsbefugnis Koordinator **58** 6
– Begriff **58** 7
Beteiligtenhaftung **Vor 4** 37
– Urheberrecht **Vor 4** 40
Betretungsrecht **69** 16
Bevölkerungszahl **2** 17
Bewegliches System **Vor 4** 73
Beweis **16** 44
Beweiserleichterung **54** 58
Beweisverwertungsverbot **79** 22
Bewertungsportal **3** 89, **Vor 4** 13, **6** 1, 33
BIK+-Strategie **28** 11
Binnenmarkt **Einl** 6, **1** 3
– Evaluation **91** 7
– Fragmentierung **Einl** 6, **1** 11
– Funktionsfähigkeit **1** 11
Binnenmarkt-Informationssystem **85** 6
Bots **3** 121
Branchennormen **44** 6
Branchenstandard **5** 20
Brüssel-Effekt **34** 2
Brüssel Ia-VO **2** 20
Buchung, elektronische **3** 12
Buffering **4** 29
Bundeskriminalamt **18** 45
Bußgeld **Einl** 47, **1** 32, **3** 158, **26** 76, **27** 51, **28** 24, **32** 33, **51** 23 f., **86** 31
Bußgeldpflicht **11** 32, **12** 37, **13** 29, **14** 132, **15** 45, **16** 134 f., **17** 65, **20** 85, **23** 96, **24** 27, **25** 129
– Höhe **14** 133, **16** 136
– Meldung des Verdachts auf Straftaten **18** 56
– vertrauenswürdige Hinweisgeber **22** 91

Cache-Kopie **5** 19
Caching **3** 41, 57, **4** 24, **5** 1, **44** 37
– Interessenlage **5** 1
– Neuerung **5** 9
Caching-Dienst **5** 2
Caching-Diensteanbieter, Beispiel **5** 40
Caching-Privileg
– Anwendbarkeit **5** 13
– Voraussetzung **5** 3
– Zweck **5** 5
Canada Elections Act **39** 49
CE-Kennzeichnung **31** 13 f.
ChatGPT **3** 45, 86, 94, 96
Chatgruppe, geschlossene **3** 102
Chilling Effect **Vor 4** 26
Cloud-Computing **3** 87, **6** 69
Code of Conduct, Werbearchive **39** 3
Community Content Moderation **17** 10
Community Regeln, selbst auferlegte und durchgesetzte **14** 25a
Compliance **7** 15
– AGB **7** 21
Compliance-Abteilung **35** 8
– Ablauforganisation **41** 24
– Änderung im Gesetzgebungsprozess **41** 8
– Anforderung **41** 20
– Anforderung, Verstoß **41** 33
– Aufgabe **41** 50
– Aufgabenverteilung **41** 85
– Autorität **41** 21
– Befugnis **41** 25
– berufliche Qualifikation **41** 37
– Compliance-Beauftragter **41** 50
– Einrichtungspflicht **41** 10
– Erfahrung **41** 40
– externer Kommunikationsvorgang **41** 78
– Fähigkeit **41** 42
– finanzielle Ressource **41** 29
– freiwilliger Verhaltenskodex **41** 73
– Hierarchie **41** 47
– Information und Beratung **41** 65
– Interessenkonflikt **41** 87
– interne Organisation **41** 34
– interne Unabhängigkeit **41** 49
– Kenntnis **41** 39
– Kontaktangabe **41** 78
– Leiter **41** 44
– Leiter, Ablösung **41** 49
– Leiter, Kontakt zur Behörde **41** 78
– Leiter, Stellung **41** 47
– Leitungsorgan **41** 3, 92
– Leitungsorgan, Aufgabe **41** 79
– menschliche Ressource **41** 30
– Normstruktur **41** 4
– personelle Ressource **41** 35
– Ressource **41** 28
– Risikomanagement **41** 92
– Stellung im DSA **41** 5
– systemisches Risiko **41** 55
– systemisches Risiko, Ermittlung **41** 56
– systemisches Risiko, Meldung **41** 57
– systemisches Risiko, Risikominderungsmaßnahme **41** 58
– technische Ressource **41** 31

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

– Telos **41** 1
– Überwachung von Pflichten aus dem DSA **41** 70
– Überwachung von Verpflichtungszusagen **41** 73
– unabhängige Führungskraft **41** 45
– unabhängige Prüfung **41** 61
– Unabhängigkeit **41** 13
– Unternehmensführungsregelung **41** 80
– Unternehmensführungsregelung zur Unabhängigkeit **41** 81
– verantwortungsvoller Umgang **41** 90
– Zugang zum Leitungsorgan **41** 32
– Zusammenarbeit mit Behörden **41** 51
– Zusammensetzung **41** 18
Compliance-Aufwand **26** 72
Compliance-Beauftragter **Vor 11** 55
Comply or explain **Vor 56, 61** 12, 21, **58** 21, **60** 16, **63** 2, 18
– Fehlerfolge **63** 26
Confirmshaming **25** 1 ff.
Content-Delivery-Network **5** 43
Content-Provider **3** 46
Content-Server **5** 1
Cyberkriminalität **28** 2

Dark Pattern **Einl** 13, 27, **1** 2, 24, **3** 50, **27** 38, **35** 21
– Ablenkung (Misdirection) **25** 28
– asymmetrischer Aufwand (Roach Motel) **25** 36
– Ausstrahlungswirkung auf Sorgfaltspflichten des DSA **25** 103a
– Ausstrahlungswirkung auf UGP-RL und DS-GVO **25** 103
– Bait and Switch **25** 39
– Begriff **25** 1
– behindernde Praxis **25** 29 ff., 64 ff.
– Bußgeldpflicht **25** 129 ff.
– confirmshaming **25** 42
– Countdown- und Scarcity-Pattern **25** 89
– erschweren des Preisvergleichs (price comparison prevention/intermediate currency) **25** 38
– erzwungene Fortsetzung (forced continuity/immortal accounts) **25** 31
– erzwungene Mitgliedschaft (forced enrollment) **25** 30
– erzwungene Zustimmung (forced review) **25** 32
– getarnte Schaltfläche/Werbung (disguised button/ads) **25** 23
– Herdentrieb (social proof) **25** 44
– hervorgehobene Handlungsoption (framing/false hierarchy) **25** 26
– Klickmüdigkeit (click fatigue) **25** 35
– Kombination **25** 83
– Kombination verschiedener Praktiken **25** 19
– Kontaktstellenkommunikation **12** 30
– Lästigkeit (nagging) **25** 34
– manipulierende Praktiken **25** 25 ff.
– Nudging, Abgrenzung **25** 92
– Ordnungswidrigkeit **25** 129 ff.
– psychischer Druck **25** 41 ff.
– täuschende Praxis **25** 20 ff., 60 ff.
– unerkanntes Abonnement (Hidden Subscription) **25** 22
– versteckte Information (hidden information) **25** 27
– versteckte Zusatzkosten (hiddencosts/drip pricing) **25** 40
– Vertragsrecht **25** 47
– verwirrende Frage (trick question) **25** 24
– Voreinstellung (preselection) **25** 37
– Wahlmöglichkeit **25** 118
– Warenkorb, Erweiterung (sneak into basket) **25** 21
– Wirksamkeit **25** 19
– Zeitmoment **25** 89
– zusätzlicher Aufwand **25** 33 ff.
Darlegungs- und Beweislast **54** 56
Darstellen **3** 137, **26** 14
Data Act **2** 81
Data Governance Act **2** 81
Datenbank, Verwaltung **24** 16
Datenerhebung **28** 19 ff.
Datenintegrität **5** 16
Datenkomprimierung **4** 17
Datensammlung **5** 21
Datenschutz **2** 75, **10** 10, **26** 21a, **28** 19 ff., **39** 23, 25b, 28, 31 *siehe* auch DS-GVO
– Berufsgeheimnis **84** 5
– Haftung **26** 22
– Minderjähriger **28** 3
– Rechtsgrundlage Hostingdiensteanbieter **18** 5
– Rechtsgrundlage Strafverfolgungsbehörden **18** 6
– Täterhaftung **Vor 4** 47
Datenschutz-Grundverordnung *siehe* DS-GVO
Datenschutzrecht, allgemeine Überwachungspflicht **2** 65
Datenschutzrechtsverletzung, schwerwiegende **Vor 4** 47
Datensicherheit **85** 2
Datensparsamkeit **28** 3, 19 ff.
Datenverarbeitung **26** 62
– Rechtspflicht zur **39** 15
– Voraussetzung **26** 67
Datenzugang **40** 25
– algorithmisches System **40** 22
– alternative Zugangsmöglichkeit oder Daten **40** 63
– andere nationale Behörde **40** 17, 28
– Änderung im Gesetzgebungsprozess **40** 7
– Änderungsantrag **40** 12, 63
– Änderungsgrund **40** 63
– Anfangsbewertung **40** 38
– Angabe zu Kontakt und Zweck **40** 76
– angemessene Frist **40** 26, 59
– Anonymisierung **40** 68
– Anschlussnutzung **40** 54
– Anspruchsberechtigung **40** 33, 79
– Art und Weise, Behörde **40** 23

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

– Art und Weise, Forscher **40** 67
– Art und Weise, öffentlich zugängliche Daten **40** 91
– Art und Weise des Datenzugangs **40** 10
– Aufgabe von Behörde **40** 15, 19
– Auftrag im öffentlichen Interesse **40** 44
– Aufwandsentschädigung **40** 71
– Bedingung **40** 35, 73, 95
– Beendigung **40** 72
– Beendigung, Mitteilung der **40** 77
– begründetes Verlangen **40** 19, 58
– Behörde **40** 19
– behördlicher Überblick über die laufenden Forschungsprojekte **40** 76
– Bekämpfung von Desinformation **40** 3
– Berechtigung **40** 15
– betroffener Anbieter **40** 74
– Datenschutz **40** 8
– Datensicherheit **40** 49, 86
– delegierter Rechtsakt **40** 25, 67, 94
– dezentrale Speicherung **40** 25, 67
– Echtzeit **40** 93
– Einordnung der zur Verfügung gestellten Informationen **40** 30
– Einzelfallentscheidung **40** 29
– Entscheidungsbefugnis **40** 61
– Erforderlichkeit **40** 19
– Erläuterung **40** 30
– Erleichterung **40** 27
– Europäische Kommission **40** 18, 41, 94
– Finanzierung **40** 48, 85
– formlose Anfrage **40** 82
– Forscher **40** 2, 79
– Forschungseinrichtung **40** 42
– Forschungsfrage **40** 52
– Forschungsvorhaben **40** 34
– Forschungszweck **40** 9, 51, 87
– Forschung zu systemischen Risiken **40** 88
– freiwillige Bemühung **40** 6
– Frist **40** 50, 66, 70
– Gegenstand **40** 20, 90
– Gelegenheit zur Stellungnahme bei Beendigung **40** 75
– gemeinnützige Einrichtung, Organisation oder Verband **40** 9
– gemeinnützige Einrichtung, Organisation und Vereinigung **40** 83
– geschäftliches Interesse **40** 69
– Geschäftsgeheimnis **40** 64
– Gewährung **40** 27
– Hauptniederlassung **40** 36
– Herkunftslandprinzip **40** 40
– Hinderung **40** 92
– Information Dritter **40** 73
– Interessen und Rechte **40** 62
– keine Gewinnorientierung **40** 44
– keine Höchst- oder Mindestgrenze **40** 60
– Koordinator für digitale Dienste **40** 16, 72, 94
– Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **40** 36
– kostenloser öffentlicher Zugang zu Forschungsergebnissen **40** 55
– Meldung **40** 24
– Mitgliedstaat der Forschungsorganisation **40** 37
– Normstruktur **40** 4
– Notwendigkeit **40** 50
– Nutzer **40** 29
– öffentlich zugängliche Daten **40** 78
– Online-Schnittstelle **40** 93
– Organisation der Zivilgesellschaft **40** 45
– originäre Forschungsklausel **40** 31
– Pflicht des Anbieters **40** 33
– Reaktionsmöglichkeit der VLOPs und VLOSEs **40** 61
– Rechte und Interessen **40** 56
– Rechtsfolge des Vorliegens der Voraussetzungen **40** 57
– Rolle der nationalen Behörde **40** 41
– Schnittstelle **40** 19
– Schutzvorkehrung **40** 65
– Scraping **40** 93
– Sicherheit und Schutz vertraulicher Informationen **40** 64
– Sonderregelung **40** 78
– staatliche Prüfung von Datensicherheit und Vertraulichkeit **40** 65
– Status als zugelassener Forscher **40** 11, 39
– Stellung im DSA **40** 5
– strukturelle Einbettung der Forscher **40** 43
– Systemkonformität **40** 41
– technische Bedingung **40** 95
– Telos **40** 1
– Überwachung und Bewertung der Erfüllung der Pflichten **40** 1
– Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen **40** 46, 84
– Unterrichtung **40** 40, 74
– Untersuchung **40** 73
– Verarbeitung personenbezogener Daten **40** 68
– Verhältnismäßigkeit **40** 50
– Verlangen **40** 80
– Vermittlung über staatliche Stellen **40** 81
– Veröffentlichung der Ergebnisse **40** 55
– Verständnis systemischer Risiken **40** 2
– Vertraulichkeit **40** 49, 86
– Verwendung **40** 28
– Verwendungszweck **40** 95
– VLOSEs **40** 13
– Vorgabe der DS-GVO **40** 56
– Wahlrecht **40** 23, 37
– wissenschaftliche Forschung **40** 43
– zu erwartendes Ergebnis **40** 53
– Zugang für Behörde **40** 14
– Zugang für Forscher **40** 31
– Zugang zu Forschung **40** 55
– zugelassener Forscher **40** 34

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

– Zulassungskriterien **40** 11
– Zusammenarbeit mit Forschern **40** 6
– Zuständigkeit von Behörden **40** 15
– Zweck **40** 58
– Zweckbindung **40** 8, 28, 54, 89
– Zwecke der Forschungsarbeit **40** 50
– zweischrittiges Verfahren **40** 32
Datenzugangsportal **85** 7, 15
Datenzugangsrecht **72** 2, 7
Datum der Beschränkung **17** 61 f.
Deepfake **34** 93
Delegierter Rechtsakt **Einl** 52, **87** 1
– Delegierte VO (EU) 2025/2050 **40** 96 ff.
Demokratie **1** 16, **46** 3
Demokratieprinzip, behördliche Unabhängigkeit **Vor 49** 11
Demokratischer Prozess **26** 1, **27** 5
Demonetarisierung **3** 146, **14** 33
Desinformation **Einl** 19 f., **1** 14, 16, **3** 104, 131, **Vor 4** 28, 36, 94, **26** 1, 6, **27** 3, **39** 2
– Definition **1** 16
– Krisenfall **36** 22
– Krisenprotokoll **48** 12
Dienst der Informationsgesellschaft **2** 25, **3** 4, 26, 41, **6** 29
Diensteanbieter
– unentgeltliche **1** 36, **89** 3
– zum Teilen von Online-Inhalten **6** 25, **8** 6
Dienstleistung **2** 3, 26, **3** 7
– anbieten **2** 11, **3** 35
– Beherbergung **2** 31
– elektronisch erbrachte **3** 13
– Transport **2** 31
Dienstleistungsempfänger **3** 15
Dienstleistungs-RL **3** 152
Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) **18** 7
Digitale Durchsuchung **69** 21
Digitale Inhalte-Richtlinie **2** 70, **27** 52
Digitaler Inhalt **3** 100
Digitale Zukunft **Einl** 31
Digital Market Act (DMA) *siehe* DMA
Digital Millennium Copyright Act **4** 9, **5** 12, **6** 13
Digital Services Act (DSA) *siehe* DSA
Digitalwirtschaft **Einl** 7
Diskriminierung **1** 14, **26** 7
– diskriminierungsfrei **20** 57
– Diskriminierungsverbot **16** 82
Diskussionsforum **6** 69
DMA **2** 81, **26** 74, **27** 46
Domain **2** 19
– Name **3** 156
– Registrar **4** 36
Doppelbestrafung **74** 15
Dreiecksbeziehung **Vor 29** 15
Dringlichkeit **70** 10
Drittinhalt **Einl** 11 f., **Vor 4** 8, **8** 3
– Kontrolle **3** 46
– rechtswidriger **1** 5, 28, **Vor 4** 61
Drittinteresse **Vor 4** 24
Drittwirkung der Grundrechte **14** 18
DSA
– Analoge Anwendung **3** 45, 86
– Nationales Recht **1** 37
DS-GVO **Einl** 37, 56, 64, **1** 9, **2** 6, 75, **Vor 4** 47, **18** 5, **25** 94 ff., **26** 59, 62 f., 67, **28** 19 ff., **89** 4
DSM-RL **2** 46, **6** 25, 51, **8** 6, 24, **16** 10, 16, 40, 59, 61, 66, 69, 101, **17** 7, **20** 12, 50, **22** 10, **23** 12
– außergerichtliche Streitbeilegung **21** 20 ff.
– gefahrgeneigtes Geschäftsmodell **Vor 4** 80
– Intermediärshaftung **Vor 4** 35, 46
– Plattformhaftung **2** 55
– Vorbildcharakter **6** 74
Dual use **3** 34
Durchführungsrechtsakt **Einl** 52, **83** 1
– Durchführungsverordnung 2024/607 **85** 7, 14 f.
– Durchführungsverordnung 2025/2050 **85** 7, 15
– Transparenzbericht **15** 42
Durchleitung **3** 41
– automatisierte **4** 1
Durchleitungsdienst **4** 1, **5** 2
Durchschnittlicher Nutzer **Vor 4** 13, **25** 53, **26** 38, **27** 26
– Maßstab **25** 52
Durchschnittsnote **Vor 4** 13
Durchsetzbare Selbstregulierung **35** 3
Durchsetzung **1** 7, **49** 1 f., 9
– Aufgabenkatalog **49** 13
– außergerichtliche **9** 18
– nationale **49** 8
– subjektive Rechte **40** 99 f.
– Zuständigkeit **28** 24
Durchsetzung des DSA **Einl** 5, **2** 72, **9** 8
Durchsetzungsapparat **1** 33
Durchsuchung **69** 1
Durchsuchungsbefugnis, behördliche **51** 14

eBay **6** 32, **8** 28
Echokammer **26** 6, **27** 2, 34
Echtzeitkennzeichnung **26** 41, 55
E-Commerce-RL **Einl** 2, **1** 9, 18, **2** 4, 21, 40, 76, **3** 153, **Vor 4** 4, **4** 1, 8, **5** 8, **6** 1, **8** 8, **9** 23, **10** 12, **12** 5, 34, **26** 44, **61** 2, **89** 1
– Änderung **6** 1
– Anwendbarkeit Haftungsprivilegierung **Vor 4** 71
– Art. 5 **12** 5, 34
– Bezugnahme **89** 4
– Haftungsbegründung **Vor 4** 56
– Haftungsprivilegierung **Vor 4** 103
– Herkunftslandprinzip **89** 1
– Hostprovider-Privileg **6** 6
– Informationspflicht **2** 43
– Innovation **Vor 4** 33
EECC-RL **47** 10
Effektiver Rechtsschutz **Vor 4** 19, 27, 34, 52, **6** 5, **8** 1, 23, **9** 6
Effektivitätsgrundsatz **54** 9, 23

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-3320-1

eID-Funktion **30** 20
Eigene Inhalte **Einl** 13, **3** 49, **Vor 4** 11, 70, **6** 14
– Abgrenzung **Vor 4** 17
Eigeninitiative **7** 16
Einbeziehungskontrolle **14** 15
Einflussnahme **Vor 4** 13
Eingangsbestätigung **9** 30, **10** 19
Eingehende rechtliche Prüfung **18** 38
Eingriff technischer Art **4** 17, **5** 16
Einleitung eines Untersuchungsverfahrens **66** 1
Einrichtung, Organisation oder Vereinigung
– Gewinnerzielungsabsicht **86** 14 ff.
– Parteifähigkeit **86** 13
– Personalstatut **86** 13
– Rechtsfähigkeit **86** 13
Einschätzungsspielraum **20** 67 ff.
– Grundrecht **16** 84
– Nutzungsvertrag **16** 84
Einschränkung
– Entfernung **14** 34
– Verfügbarkeit **14** 34
Einstellung des Verfahrens **71** 11
Einstellungs- und Abhilfeanordnung **51** 22
Einstweilige Maßnahme **70** 1
Einstweiliger Rechtsschutz, konstitutive Anordnung **Vor 4** 69
Einstweilige Verfügung, Anspruch **9** 17
Einwilligung
– Freiwilligkeit **25** 45
– Informiertheit **25** 45
Elektronischer Weg **20** 20
Elektronisches Meldeverfahren **16** 31 ff.
ELI Model Rules on Online Platforms **Vor 29** 11
Elterliche Kontrolle **28** 22j
E-Mail **3** 156
– Adresse **30** 17 ff.
– Dienste **3** 87
EMFA **14** 14b, **17** 6a, **20** 11a, 49a, **28** 14, **86** 3a
– Verhältnis zu Art. 86 **86** 29b
Emotional targeting **26** 75
Emotion based advertising **26** 75
EmpCo-RL **2** 73
Empfangsbestätigung **9** 30, **20** 20, 34
– Kommunikation mit Behörden **11** 14
– Kontaktstelle für Nutzer **12** 32
– Meldung **16** 45
Empfehlung **6** 40, 56
Empfehlungsansatz **27** 16
Empfehlungskriterium **27** 16
Empfehlungssystem **Einl** 7, 13, 22, **3** 138, **14** 32, **26** 42, **27** 1, 12 ff., **28** 22g, **38** 1, **44** 26
– AGB **14** 45
– Änderungsmöglichkeit **27** 36, **38** 10
– Arbeitsweise **27** 15
– Definition **27** 12 ff.
– Einfluss **27** 1
– Einsatzfeld **27** 17
– Empfehlungsoption **27** 36, **38** 10
– erweiterte Pflicht **38** 1
– Informationspflicht **27** 18
– KI-basiertes **27** 22
– Normung **38** 12
– Nutzen **27** 15
– Nutzungsoption **38** 10
– Parameter **27** 18
– personalisierte Empfehlung **38** 3
– Risiko **27** 2, **38** 2
– Selbstregulierung **27** 54
– Suchmaschine **38** 1, 9
– Transparenzpflicht **27** 4, **38** 5
– Verhaltenskodex **27** 54
– Werbung **27** 8
– zusätzliche Anforderung für VLOPs und VLOSEs **Vor 33** 28
Enforcement-RL **2** 39, 46, 62, **4** 7, **5** 7, **6** 80, **8** 5, 14
– analoge Anwendung **Vor 4** 49
Entfernung **14** 34, **16** 90
Entfernungsanordnung **2** 64, **Vor 4** 57, **6** 79
– Frist **Vor 4** 57
Entgangener Gewinn **54** 48
– Schadensschätzung **54** 57
Entgelt **3** 8, 136, **Vor 4** 10
Entschädigung **1** 26, **26** 77, **27** 52, **28** 25
– Terminologie **54** 3
Entscheidung **16** 60
– diskriminierungsfreie **20** 51, 57
– freie **25** 68 ff.
– frei von Willkür **20** 51, 56
– informierte **25** 68 ff.
– Mitteilung **16** 102, 107, **20** 72
– nicht-wirtschaftliche **25** 69
– sorgfältige **20** 51 f.
– unverzügliche **20** 49 ff.
– zeitnahe **20** 47 f.
– zügige **16** 63
Entscheidungsalternative **25** 29
– Transaktionskosten **25** 33
Entscheidungsfindung, automatisierte Mittel **17** 49
Entscheidungsfreiheit
– Beeinträchtigung **25** 67 ff., 74
– Behinderung **25** 67 ff.
– Maßstab **25** 76
Entscheidungsspielraum **16** 63, **20** 67 ff.
Entstehungsgeschichte **Einl** 30 ff.
Entwicklungsbeeinträchtigender Inhalt **28** 2
E-Privacy-RL **26** 67
E-Raids **69** 21
Erbringung des Dienstes
– aussetzen **20** 41
– beenden **20** 41
Erforderlichkeit **67** 6
Ergänzungsfunktion des DSA **2** 74

© Nomos Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.